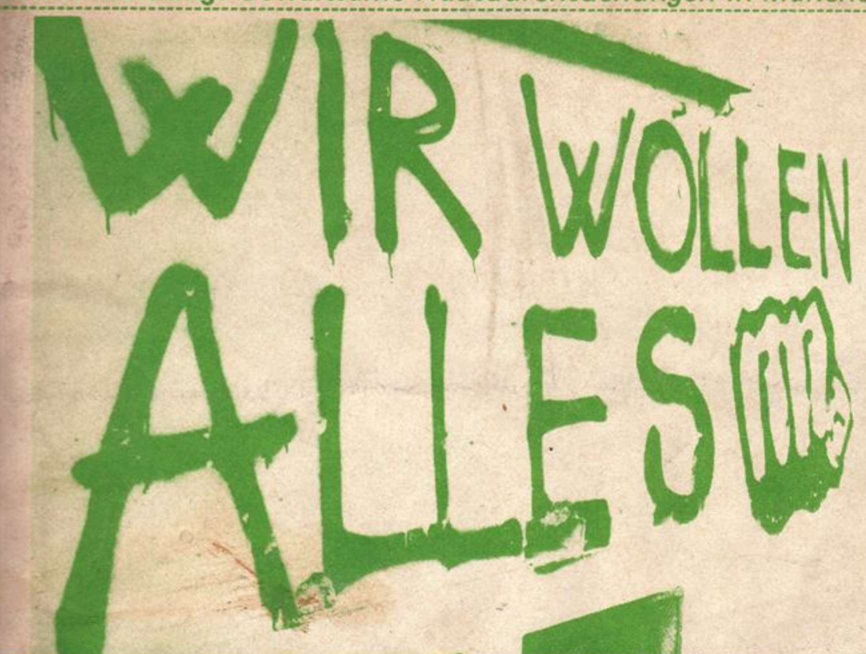
Letzte Meldung: *Gewaltsame Hausdurchsuchungen in München — ein Mann von Polizei ermordet* Sonderbericht inliegend



NR. 16 (Juni 74) J 7581 EX DM 1,00

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bremen: *Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirbachstr. 144*
Frankfurt: *Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
Häuserrat, 6 Frankfurt 1, Lessingstr.2
Hamburg: *Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4*
Köln: *Arbeiterkampf, 5 Köln, Hauptpostlagernd*
München: *Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr,41b*
Nürnberg/Erlangen: *über Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849*
Saarbrücken: *Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.

Portugal

Die Situation Portugals ist gekennzeichnet durch Anachronismen besonderer Art:

1. Gemessen am allgemeinen Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung ist Portugal selbst ein „unterentwickeltes" Land, gleichzeitig aber Kolonialmacht — durch die Stärke der Befreiungsbewegungen allerdings eher Kolonial**ohn**macht!
2. Das Bestreben, Kolonialmacht zu bleiben, also den Krieg gegen die Völker Angolas, Guinea-Bissaus und Mozambiques fortzusetzen, ging vor allem von der portugiesischen Agrarbourgeoisie aus, die unter Salazar und auch noch unter Caetano die politische Macht besaß, obwohl die Industriebourgeoisie längst ökonomisch dominierte und von den Anforderungen der kapitalistischen Entwicklung her das Interesse an einer politischen Lösung der Kolonialkriege besaß. Diese Kolonialkriege sind auf Grund der zunehmenden Stärke der Befreiungsbewegungen nicht mehr zu gewinnen und stellen gleichzeitig für die Wirtschaft des Landes eine solch große Belastung dar, daß sie die Vorteile des Besitzes von „Überseeprovinzen", über billige Rohstoffquellen und gesicherte Absatzmärkte zu verfügen, nicht mehr aufwiegen können. (Seit Jahren verschlingen die Militärausgaben fast die Hälfte des portugiesischen Staatshaushaltes.) Die Lebensbedingungen im „Mutterlande" verschlechtern sich ständig: 90 % der Bevölkerung leben am Rand des Existenzminimums; offene und verdeckte Arbeitslosigkeit stiegen und zwangen 1,5 Millionen Portugiesen zur Arbeitsemigration.

Doch auch hier wuchs der Widerstand der Bevölkerung: 1968 kam es zu einer massenhaften Studentenbewegung in den drei größten Städten des Landes und trotz schärfster Repression durch die Geheimpolizei immer wieder zu Streiks und einzelnen bewaffneten Aktionen; ca. 100 000 Kriegsdienstpflichtige desertierten.



Angesichts dieser Situation: drohender ökonomischer Bankrott, wachsender Widerstand im Volke, stetige Erfolge der Befreiungsbewegungen in den Kolonien plus zunehmende internationale politische Isolierung — auch durch die Natostaaten — war die Bourgeoisie zu einer grundsätzlichen Änderung der Kolonialpolitik gezwungen; einer Änderung, die wohl oder übel, nur mit Hilfe der oppositionellen, antifaschistischen Bewegung der Hauptleute, von denen viele aktiv an der Studentenbewegung von 68 beteiligt waren, ermöglicht werden konnte.

Indiz für die — zumindest indirekte — Unterstützung des Putsches durch das nationale und westliche Kapital ist z.B. die Tatsache, daß Spinolas Buch über die Unmöglichkeit eines militärischen Sieges in Afrika in einem dem CUF-Konzern (dem größten Wirtschaftsunternehmen in Portugal überhaupt) gehörenden Verlag erschienen ist oder auch die flankierende Anwesenheit von NATO-Schiffen vor der Küste Portugals zum Zeitpunkt des Putsches. (Nach Angaben des Berliner Extradienstes sollen sogar NATO-Kriegsschiffe, mit Landungsfahrzeugen bestückt, im Hafenbecken von Lissabon gelegen haben und indirekte Absprachen zwischen portugiesischen Offizieren und dem NATO-Kommando getroffen worden sein.)

Durch die Mobilisierung der progressiven Kräfte in der Armee wurde mehr in Bewegung gesetzt, als von der Bourgeoisie eigentlich beabsichtigt war. Dennoch ist klar, daß mit dem Putsch in Portugal nun der Aufbau des Sozialismus nicht unmittelbar bevorsteht; auch wenn die linken Kräfte die Mehrheit im Übergangskabinett bilden, bleibt der Kapitalismus seinem Wesen nach bestehen. Aber ebenso klar ist, daß der Wechsel der Herrschaftsform die Bourgeoisie gezwungen hat, eine bestimmte Liberalisierung zuzulassen, die zwar einerseits in ihrem Interesse liegt, andererseits jedoch dem Kampf der Massen für ihre eigenen Interessen mehr Spielraum läßt. Diese Tatsache und die Frage, **wie** die Massen diesen Spielraum nutzen werden, ist für uns das Wichtigste an der wei-

teren Entwicklung in Portugal, Angola, Guinea-Bissau und Mozambique.

Bisher hat diese Liberalisierung und der Druck der Massen geführt zu der Freilassung aller politischen Gefangenen, der Zerschlagung der Geheimpolizei (wenigstens im „Mutterland") und dem Rausschmeißen aller Faschisten aus Betrieben und Institutionen. (Zur Illustrierung veröffentlichen wir hier den Artikel aus der Tageszeitung von „Lotta Continua", der von den Kämpfen und Organisationsprozessen des Proletariats, der Studenten und Schüler berichtet.)

Das zentrale Problem dieses Prozesses jedoch ist, **wann** beim Voranschreiten des proletarischen Klassenkampfes die sicher zu erwartende Repression zur Verteidigung des bürgerlichen Staates einsetzen wird. Im Moment ist dies sehr schwer einzuschätzen. Doch bereits jetzt bestehen tiefgreifende Widersprüche innerhalb der geplanten (Übergangs? -) Regierung, vor allem in bezug auf die Lösung der „Kolonialfrage": vollständige Unabhängigkeit der „Überseeprovinzen" oder Föderation mit Portugal.

Ohne weiteres wird sich die portugiesische Armee – insbesondere die explizit antifaschistische Organisation der Hauptleute – nicht in den Dienst einer erneut gegen das Volk gerichteten Repression stellen lassen, denn diese Armee wird zum größten Teil – im Gegensatz zum chilenischen Berufsheer etwa – rekrutiert aus zum Kriegsdienst gezwungenen Angehörigen des Proletariats bzw. der unteren und mittleren Volksschichten, was ein Verbünden der Armee mit den Volksmassen zumindest nicht als unmöglich erscheinen läßt.

Nach der Bewegung der Hauptleute nehmen die Proletarier ihren Kampf selbst in die Hand

Die Häuser gehören dem Volk – das Volk besetzt die Häuser

Es gibt in Lissabon ca. 200 000 Proletarier, die in Baracken oder unter irgendwie improvisierten Dächern wohnen. Unter dem Regime von Salazar und Caetano blühte die Politik der Spekulation und des korporativen Klientelismus. Ein erfreulicher Aspekt der Bewegung in diesen Tagen sind die Hausbesetzungen. Die erste fand am Samstag, 27. 4. 1974, im Stadtteil Boa Vista statt und diesem Beispiel folgte man auch in anderen Stadtteilen. Die besetzten Häuser wurden aus Fertigteilen gebaut und gehörten bislang nur formell dem Volk – in Wirklichkeit standen sie lange leer und wurden nur an ausgesuchte Leute vergeben. Die Besetzungen wurden von den Barackenbewohnern spontan organisiert, aber auch von der marxistisch-leninistischen Bewegung MRPP unterstützt. Am 2. Mai haben ca. 200 Familien vier Neubauten im Gebiet von Belem besetzt. (Diese gehörten der Stiftung Salazar, einer „gemeinnützigen" Stiftung, die nach dem Tode des Diktators gegründet wurde, um Wohnungen für das Volk zu bauen – in Wirklichkeit aber wurden sie nur an Anhänger der Partei Salazars oder an Polizisten vergeben.) Einige Barackenbewohner dieses Gebietes sind zu einer Versammlung an der Universität gegangen, um die Studenten zur Unterstützung ihres Kampfes aufzurufen. Mit einigen Hundert Studenten haben die Familien einen spontanen Demonstrationszug gebildet und gerufen: „Die Häuser gehören dem Volk – das Volk besetzt die Häuser!" Als sie zu den neuen Wohnungen kamen hielten sie eine Versammlung ab, auf der entschieden wurde, daß die Häuser nach dem Kriterium der größten Bedürftigkeit vergeben werden sollten. Vergangenen Sonntag gab's einen Versuch, die erste Besetzung zu verhindern, aber bis jetzt hat das Militär diese Besetzungen allgemein geduldet.

Eine Versammlung der Metallarbeiter: „Das Streikrecht haben wir uns schon genommen!"

Auch wenn sie mit 150 000 Arbeitern eine Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse darstellen, sind die Metallarbeiter doch die zentrale Kraft der Klassenbewegung. Mehrere Male wurde auch unter dem Faschismus die Führung der legalen Gewerkschaften von den Linken erobert, ihr Aktionsspielraum war jedoch sehr begrenzt und mehrmals wurden sie von den Regierungsstellen abgesetzt. Die Streiks waren immer wild, niemals offen von der Gewerkschaft proklamiert, auch wenn sie heimlich doch von ihr vorbereitet und unterstützt wurden.

Am 24. April z. B. war die Fabrik Mague in der Umgebung von Lissabon besetzt im Kampf um Lohnerhöhungen.

Nach dem 25. April gab es einen enormen Aufschwung der Diskussionen und der Beteiligung der Arbeiter an Diskussionen in der Fabrik und in den Gewerkschaften um Probleme und Forderungen des Klassenkampfs in dieser neuen Situation. Der Kampf um das Streikrecht und neue Arten von Verträgen mit den Kapitalisten, die Demokratisierung der Gewerkschaften, Minimallohn, Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, gleiche Lohnerhöhung für alle und Preiskontrollen sind die Themen der Diskussionen.

In den Fabriken fanden massive Aktionen zur Säuberung statt, in denen sich die Entschlossenheit zeigte, Spione und Spitzel, PIDE-Agenten und private Polizeitruppen rauszuschmeißen. Donnerstag abend wurde im Sitz der Metallarbeitergewerkschaft eine Versammlung von 500 Delegierten der Lissabonner Fabriken abgehalten - in einer sehr enthusiastischen und etwas konfusen Atmosphäre. In sehr vielen Diskussionsbeiträgen bekräftigten die Arbeiter die Rolle der Arbeiterklasse bei der Zerschlagung des Faschismus: „Es ist das erste Mal, daß die Gewerkschaft redet – und es ist das erste Mal, daß die Gewerkschaft frei ist. Es wäre schön, viele Tage hier zu bleiben, um zu diskutieren."

Es wurde über das Streikrecht gesprochen, über die Notwendigkeit, es sich zu nehmen, aber auch die, die Legalisierung des Streikrechts zu fordern. Es wurde vorgeschlagen, den am 28. Mai verdienten Lohn in eine gemeinsame Kasse zur Unterstützung der Streiks einzubezahlen. (Der 28. Mai ist der Jahrestag des Beginns der Diktatur von Salazar.)

Die Kommission, die über die neuen Verträge verhandelt, hat die Delegierten aufgefordert, Anweisungen für die Verhandlungen zu geben. Zum ersten Mal wird ohne die Vermittlung des faschistischen Schiedsgerichts verhandelt. Für Samstag ist beschlossen worden, den ganzen Tag dazu zu benutzen, Versammlungen in allen Fabriken des Landes abzuhalten.

TODOS À MANIFESTAÇÃO DA AMADORA • DIA 3 ÀS 18 H.

A COMISSÃO DE TRABALHADORES DA ZONA FABRIL DA VENDA NOVA
A COMISSÃO DE BASE DA CDE DA AMADORA
Convocam toda a população trabalhadora a integrar-se na manifestação de regozijo pelo derrube do fascismo, levado corajosamente pelo Movimento das Forças Armadas

- PELO AUMENTO DE SALÁRIOS
- PELO CONGELAMENTO DOS PREÇOS
- PELO DIREITO À GREVE
- PELO FIM DAS GUERRAS COLONIAIS

O POVO UNIDO JAMAIS SERÁ VENCIDO!

ALLE ZUR KUNDGEBUNG IN AMADORA – Am 3. um 18 Uhr
Die Arbeiter-Kommission der Industriezone Venda Nova
Das Basis-Komitee der CDE in Amadora

Wir rufen die gesamte arbeitende Bevölkerung auf, zur Freudenkundgebung über die Zerschlagung des Faschismus zu kommen, der von der „Bewegung der Bewaffneten Kräfte" in kühnem Kampf niedergeschlagen wurde.

– Für Lohnerhöhungen
– Für das Einfrieren der Preise
– Für das Streikrecht
– Schluß mit dem Kolonialkrieg

Das vereinte Volk wird nie mehr besiegt werden!



Soldat und Matrose,
kämpf an der Seite des Volks für
Frieden, Brot, Revolution und Demokratie!

Die Jagd auf die PIDE

Die PIDE, die portugiesische Geheimpolizei, war das Instrument und die fundamentale Kraft der salazarianischen Diktatur, indem sie das ganze Land und alle sozialen Bereiche durch den Terror ihrer Spitzel und Spione, durch Verhaftungen, Folterungen und Morde kontrolliert hat. Seit dem ersten Tag hat sich die Wut und die Gewalt des Volkes auf die PIDE konzentriert – angefangen bei der Belagerung ihres Hauptquartiers. Dort sind Karteikarten und Dossiers über alle portugiesischen – aber z. T. auch ausländischen – Parteien und Gewerkschaften gefunden worden. Man fand auch ein Dossier über Lotta Continua. Die Listen der Mitglieder der PIDE sind leider nicht gefunden worden, weil sie vorher entweder weggebracht oder zerstört worden sind, um zu verhindern, daß sie der Justiz des Volkes in die Hände fallen. Viele PIDE-Agenten aber wurden auf der Straße oder am Arbeitsplatz auf Grund ihrer Autonummern erkannt. Wenn sie dann von der Armee verhaftet werden, ist es vor allem auch ein Retten vor dem Gelynchtwerden. In den Straßen von Lissabon liegen verbrannte Autowracks, auf denen geschrieben steht: „Dies sind die Reste eines PIDE", und in den Demonstrationszügen wurde gerufen: „Die PIDE sollen auf der Straße sterben!"

Vor einigen Tagen haben die Führer der kommunistischen und der sozialistischen Partei Appelle veröffentlicht, in denen sie dazu aufrufen, die Agenten dem Heer zu melden. Im Moment ist ein Teil von ihnen im Gefängnis. Dorthin kommen dann auch viele Personen – Ehefrauen und Eltern von PIDE-Agenten, um nach ihren vermißten Angehörigen zu forschen: denn die sind oft verschwunden, versteckt – wer weiß wo, ins Ausland geflohen . . . Wenn sie im Gefängnis wären, wären sie wenigstens „sicher".



Säuberungen in den Universitäten und Schulen

Sofort nach dem Putsch wurden Versammlungen in den Universitäten abgehalten, eine Vollversammlung mit 10 000 Studenten von insgesamt 30 000 eingeschriebenen. Die studentischen Organisationen wurden wieder zugelassen und wiederbelebt, nachdem sie von dem Regime immer behindert wurden. Die Universitäten sind in einem Zustand permanenter „Quasi-Besetzung". Jeden Tag werden Personen, die in Verdacht stehen, mit der PIDE kollaboriert zu haben, erkannt und rausgeschmissen. Man sagt, daß in den ersten Tagen einige Agenten der PIDE von den Studenten massakriert wurden. Die Schüler ihrerseits haben den Sitz der „Jugend Portugals", einer faschistischen Jugendorganisation, die nach dem 25. April aufgelöst wurde, besetzt.

In den einzelnen Fakultäten und in den Schulen haben sich Kommissionen aus Schülern bzw. Studenten und Lehrern gebildet, um neue Systeme der Unterrichtsgestaltung zu diskutieren.

aus: Lotta Continua
vom 5. 5. 1974





Ein PIDE-Agent wird entwaffnet

★

Am Samstag (11. Mai) haben sich 5 000 Eisenbahner aus allen Städten des Landes in Lissabon versammelt. Bevor sie in einem Demonstrationszug durch die Straßen zogen, haben sie zwölf Vertreter in den Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaft gewählt. Kein Gesetz hat jemals solche Vertreter vorgesehen, aber die versammelten Eisenbahner haben dem vorgeschlagenen Antrag zugestimmt, daß diese „die Grundlinien der Politik des Unternehmens zu bestimmen haben". Diese Praxis der vollendeten Tatsache, die die Eisenbahner nicht als erste und einzige anwenden, zielt eindeutig darauf ab, die alten Arbeitsgesetze endgültig zu Fall zu bringen und die Auflösung der wirtschaftlichen und juristischen Strukturen zu beschleunigen, die die Arbeiter darin hindern, die Verteidigung ihrer Interessen wirksam zu organisieren.

aus: Le Monde
vom 14. 5. 1974

Die „Revolutionären Brigaden" verurteilen die „neue bürgerliche Diktatur"

Die „Revolutionären Brigaden" haben am Sonntag in einem Kommuniqué ihre Position dargestellt: „Es ist klar, daß sich Portugal nach den Ereignissen vom 25. April in einer neuen Form der bürgerlichen Diktatur befindet und daß sich deswegen die grundlegenden Interessen des Proletariats nicht verändert haben."

„Diese Interessen können nur durch die Machtergreifung des Proletariats und die Errichtung seiner Diktatur befriedigt werden. Bei dem augenblicklichen bürgerlichen Charakter des gesamten Staatsapparats wird diese Machtergreifung nur durch den bewaffneten Kampf (nur durch gewaltsame Mittel) durchgeführt werden können."

Die „Revolutionären Brigaden" verurteilen den Verrat der Reformisten („Kommunistische Partei", Sozialisten und „Demokratische Bewegung"), die den ‚ruhmreichen Streitkräften' zujubeln: „Diese reformistische Haltung ist vergleichbar mit derjenigen der chilenischen Reformisten. Das Problem der Kolonien kann nur durch deren völlige Unabhängigkeit gelöst werden."

AFP-Meldung, aus: Le Monde
vom 14. 5. 1974

ICH BIN KEIN SCHWEIN!



DECLARAÇÃO

Rogério Fernando Mesquita, proprietário da Ourivesaria «Santa Filomena» sita no Largo Manuel Emidio da Silva, 9-c, vem por este meio comunicar que nunca pertenceu à P.I.D.E / D.G.S., conforme pode comprovar por declaração passada pela Junta de Salvação Nacional.

Lisboa, 2 de Maio 1974.

ROGÉRIO FERNANDES MESQUITA

„Ich gehöre nicht zum PIDE!" – dem faschistischen Geheimdienst. Seit dem Putsch sind die portugiesischen Zeitungen voll mit solchen Erklärungen.



Genossinnen und Genossen!

Der finanzielle Gesamtverlust der „WIR WOLLEN ALLES" beläuft sich inzwischen auf 18.300,– DM. Gründe hat das viele: der Vertrieb ist schlecht organisiert; aus personellen Gründen ist es – bisher – nicht möglich, sich intensiv mit der Auflagensteigerung zu beschäftigen (die Gesamtauflage ist mit 6 000–7 000 Exemplaren lächerlich niedrig); aus vielen Städten ist das Geld für viele, z. T. schon lange zurückliegende Nummern noch immer nicht da; die Produktionskosten sind, setzt man sie ins Verhältnis zum Preis und zur Auflage, extrem hoch (ein Beispiel: die Papierpreise sind seit Januar um ca. 24 % gestiegen)

Dieses Minus, vor dem wir bisher die Augen verschlossen haben, wird jetzt sehr materielle Konsequenzen haben:

- Wenn es nicht gelingt, das Geld einzutreiben, werden wir die Zeitung über kurz oder lang einstellen müssen.
- Wir können schon jetzt keine Zeitung mehr machen, die mehr als 14 Seiten Umfang hat. Das zwingt zwar, sich kürzer zu fassen – wird aber auf die Dauer ein großes Problem: der Veränderungsprozeß, den die Zeitung durchmacht, wird sich auch in der größeren Beteiligung von Gruppen, damit aber auch in einer größeren Zahl von Artikeln niederschlagen. 14 Seiten pro Nummer sind dafür in jedem Fall zu wenig.

Genossinnen und Genossen! Spendet deswegen massenhaft auf das Konto der WWA: WIR WOLLEN ALLES, Gaiganz, PschA Nürnberg, Kto. 4684-852.

Wir werden in Zukunft regelmäßig über die finanzielle Lage der Zeitung informieren.

Streik bei Metzeler

Seit einem dreiviertel Jahr diskutiert der RK über die politischen Konsequenzen, die für uns aus der Streikwelle des letzten Jahres zu ziehen sind. Und plötzlich gibt es gegen Ende des April ganz in unserer Nähe einen nicht gewerkschaftlichen Streik: mitten im ländlichen Odenwald, etwa 50 km von Frankfurt entfernt, bei der Reifenfabrik Metzeler in Breuberg, die seit kurzem zum Bayer-Konzern gehört, wird gestreikt. Es ist ein kleiner Betrieb, ein Provinzbetrieb, ein Betrieb ohne Kampferfahrung.

Genossinnen und Genossen des RK sahen zwar die Notwendigkeit, sich mit diesem Streik auseinanderzusetzen – die **Gruppe** *RK aber konnte sich nicht verhalten: es waren beliebige Genossen, die hinfuhren, sie konnten sich auf nichts in der Gruppe stützen usw. Der Bericht der Genossen zeigt, daß in diesem Streik sämtliche Fragen* **praktisch** *aufgeworfen wurden, die wir seit einiger Zeit diskutieren: Multinationalität, Bedeutung der Gewerkschaft für die Ausländer, Problem der Organisierung und Führung eines Streiks, mögliche Unterstützungsfunktion von Gruppen von außen – und: Frage der Organisierung von uns selbst. Dieser Bericht bricht mit dem „Triumphalismus", der den Streikberichten in der WWA des letzten Jahres vorgeworfen wurde. Er versucht in Ansätzen, beides zusammenzubringen: die ganz praktischen Fragen in der Arbeit von revolutionären Gruppen und die strategischen Fragen der Arbeiterbewegung in der BRD. Insofern ist er programmatisch.*



1. Der Metzeler-Streik und der RK

Dieser Metzeler-Trip ist wieder einmal ein konkretes Beispiel für das Verhalten einer linksradikalen Bewegung, die keinen kollektiven Zusammenhang besitzt und folglich auch kein kollektives Bewußtsein und keine Entscheidungsfähigkeit. Die Betriebsgruppen hängen also an ihren Betrieben – das ist auch ihre unmittelbare Funktion –, aber es gibt keine Ebene, wo man sich gegenüber Ereignissen verhalten kann, die alle Betriebe betreffen.

Dieser 1. Mai stand überall unter dem Motto der Gegenoffensive des Kapitals („Krise", Kurzarbeit, Arbeitstempo-Steigerungen, Abnahme des Krankenstands, Angst vor Entlassungen) und das war auch der Inhalt der verschiedenen Flugblätter, die zu dieser Gelegenheit vor den Betrieben verteilt worden sind. Nun hat aber die Belegschaft von Metzeler gezeigt, daß auch jetzt Widerstand möglich ist – gerade unter und gegen solche Bedingungen. Aber das scheint unsere Betriebsgruppen (wie den RK insgesamt) nicht zu stören.

Am Samstag (nach einer Woche Streik) erfährt zufällig ein Genosse von den Griechen, daß der Kampf bei Metzeler noch weitergeht, daß aber die Isolierung der Kollegen im Odenwald – eine Woche ohne politische und materielle Unterstützung von außen! – ihre Wirkung schon ziemlich vollbracht hat. Wir müssen unbedingt hin, mit den Kollegen diskutieren, den 1. Mai in Frankfurt als Unterstützung ihres Kampfes benützen, Geldsammlungen vorschlagen usw.

Was machen wir dann? Wie üblich wird rumtelephoniert und es wird nach **individuellem** Einsatz gefragt. Zufällig begegnen wir vier Genossen aus der Heddernheimer Stadtteilgruppe, die sofort beschließen, ihren Stadtteilbereich auf den Odenwald zu erweitern (auf der anderen Seite: die Genossen des Opel-Betriebskollektivs, die die größten Erfahrungen haben, kommen nicht auf die Idee, ihrerseits ihren Betriebsbereich auch auf den Odenwald zu erweitern!). So haben wir schließlich eine ad-hoc-Gruppe, die in vollem Einsatz macht, was sie eben machen kann. Die Grenzen stellen sich bald heraus. Zurück in Frankfurt gilt es jetzt, die Information über den Streik und die Geldsammlung zu organisieren. Naiv dachten wir, daß die Mobilisierung der Genossen für den 1. Mai uns dabei helfen könnte.

Wir erlebten aber das Gegenteil. Weil sich diese Aktion nicht umstandslos in die 1. Mai-Aktionen integrieren läßt, entwickelt sich ein Konkurrenzverhältnis: die Druckmöglichkeiten sind durch die verschiedenen 1. Mai-Publikationen schon ausgelastet, die Verteiler sind schon für das 1. Mai-Opelflugblatt organisiert – und Metzeler ist eben eine **andere** Sache. Unsere ad-hoc-Gruppe muß sich damit abfinden, allein den Druck zu organisieren, allein die Geldsammlung zu machen und allein die Flugblätter zu verteilen. Das ergibt folgendes Resultat: das „Multinationale Solidaritätsfest" zum 1. Mai im Schauspielhaus bekommt das Flugblatt über Metzeler (ohne türkische Übersetzung), ein Teil der 1. Mai-Demonstration auch, VDO bekommt das Flugblatt als Beilage zur Betriebszeitung (weil sich zufällig ein Genosse der VDO-Gruppe für den Metzeler-Streik interessierte), Opel bekommt gar nichts – und erbärmliche 1 000 DM können gesammelt werden (vgl. mehr als 5 000 waren auf der Demonstration am 1. Mai).

Und das Schlimmste: für die meisten Genossen bleibt Metzeler eine abstrakte Geschichte. Die einzige kollektive (Anmerkung des Redaktions-Kollektivs der WWA: der Prozeß der Kollektivierung der Redaktionsarbeit hat eingesetzt und hat eine Perspektive. Ein Anfang also!) Instanz des RK, die WWA-Redaktion, kommt dann auf uns zu und machen einen – redaktionellen Vorschlag: wir sollen in der WWA einen Bericht über den Streik machen. Das machen wir jetzt. Aber es ist schade, daß die RK-Genossen eine überregionale Zeitung brauchen, nur um zu wissen, was in Frankfurt los ist. Wir setzen uns überall spontan für den Kampf ein, wir teilen spontan die politische Arbeit – und dürfen uns nicht wundern, wenn unser politisches Bewußtsein auch spontan geteilt ist. Ändern wir das!

2. Der Kampf gegen Angst und Spaltung

Dieses ist der übersetzte mündliche Bericht eines Emigranten, der am Streik bei Metzeler teilgenommen hat:

„Bei uns in der Karkasse wurde der Akkord ungefähr alle zwei Monate erhöht. Vor vier Jahren sollten wir noch 150 machen, jetzt 320 Reifen. Die letzte Erhöhung war am 11. April. Aber selbst wenn wir den Akkord geschafft haben, wurden die Quoten nicht richtig bezahlt. Wir haben alle auf etwas gewartet, das geschehen müßte. Aber wir hatten viel Angst. Auch weil im Dezember/Januar drei Wochen **Kurzarbeit** im Februar noch eine Woche. Aber das ist seit vier Jahren immer so im Winter gewesen.

Aber am Montag, wie wir in der Spätschicht (13.30–21.00 Uhr) in der Karkasseabteilung waren, haben wir nicht angefangen zu arbeiten. Der Akkord war einfach zu hoch. Wir haben in der Abteilung miteinander gesprochen und beschlossen, zum Büro zu gehen, um uns zu beschweren. Die anderen sind auch mitgegangen, alle aus der Karkasse, 23 Kollegen waren wir, alle zum Büro. Der Akkord war zu hoch, der Lohn zu niedrig. Der Abteilungsleiter (?) war furchtbar erschrocken und aufgeregt: „Warum arbeitet ihr nicht? !" Wir sagten: „Der Akkord ist zu hoch, der Lohn ist zu niedrig. Wir brauchen mehr Lohn und weniger Akkord." Da sind wir dann zur Direktion gerufen worden. Zwei von jeder Nationalität sind hingegangen (zwei Spanier, zwei Portugiesen, zwei Griechen), kein Deutscher, weil bei uns kein Deutscher arbeitet. Die Deutschen bei Metzeler haben alle die bessere Arbeit, Chef, Büro, Meister, Vorarbeiter oder Arbeiten, wo man nicht arbeiten muß. Im Büro hat der Chef sofort der Delegation mit Entlassung gedroht, er wollte uns wieder an die Arbeit kriegen. Aber dann haben sie uns für sofort **8 % Lohnerhöhung** angeboten. Verstehst du, schon am Montag hatten wir die 8 %.

Fünf sind dann zurückgekommen, wir hatten draußen gewartet. Den einen hat der Chef noch dabehalten und ihm gedroht, er sei der Rädelsführer des Streiks. Er soll uns überreden, den Streik abzublasen. Er drohte mit Entlassungen. Der Kollege sagte, nicht er sei schuld, sondern die Akkorderhöhung. Wir sind uns alle einig. Wenn es keine Lohnerhöhung und gleichzeitige Akkordsenkung gibt, gibt es auch keine Arbeit.

Wie wir dann alle wieder zusammen waren, sind wir in ein anderes Büro gerufen worden. Aber auf dem Weg dorthin sollte jede Nationalität durch eine andere Tür gehen. Sie wollten uns spalten. Aber wir sind zusammengeblieben. Wir wußten, sie würden uns dann erzählen, die andere Nationalität arbeitet schon wieder.

Wie sie gesehen haben, daß wir zusammenbleiben, haben sie den einen von uns, der schon vorher allein war, reingerufen. Er wollte gehen, aber wir sagten: „Bleib hier, wir bleiben zusammen!" Der Chef kam herausgerannt und sprang den einen wie ein Hund an und bellte: „Gehst du nun arbeiten oder nicht. Wenn nicht, raus!!" Wir sagten: „Wenn er geht, gehen wir alle!" Darauf rief der Chef: „Dann alle!" und fing an uns zu stumpen. Wir mußten dann unsere Kleidung wechseln gehen, immer von ihnen, dem Chef, dem Abteilungsleiter und von Feuerwehr begleitet. Dann haben sie alle Tore geschlossen, damit wir nicht zurück können, und uns durch einen Nebenausgang rausgeschoben.

Wir wurden in einen VW-Feuerwehrwagen geschoben und eskortiert von anderen Feuerwehrwagen bis zum Tor gefahren, damit wir nicht mit den Kollegen reden, damit die nicht wußten, daß wir entlassen sind und uns begleiten. Aber ein Kollege ist geflüchtet und informierte die anderen. Die Kollegen von Gürtelreifen, die Abteilung, die nach uns arbeitete, informieren alle anderen und verließen solidarisch die Fabrik. Wir haben uns alle draußen versammelt. Es war 20.00 Uhr und wir waren etwa 45 Kollegen. Wir sind dann zum Wohnheim, um der Nachtschicht Bescheid zu geben. Vor Beginn der Nachtschicht haben wir uns vor dem Tor versammelt. Und vor der Frühschicht 4.30 Uhr wieder. Am Dienstag haben alle von Karkasse und Gürtelreifen gestreikt. Einige Kollegen von anderen Abteilung solidarisierten sich.

Dienstag mittag 11.00 Uhr kam die Gewerkschaft Frankfurt, redete mit den Chefs und versammelte sich danach mit uns in einem Lokal. Die Gewerkschaft sagte uns, daß sie nichts machen kann. Das sei ein wilder Streik, der kann nicht unterstützt werden: „Geht zurück an die Arbeit." Wir waren uns einig, nicht zurück an die Arbeit zu gehen. Wir haben eine Kommission (zwei von jeder Nationalität) gebildet, um mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Aber die Chefs sagten: „Mehr ist nicht drin." Während der Woche gab es vier Verhandlungen – ohne Ergebnis. Die Geschäftsleitung blieb stur und versuchte, uns mit allen Mitteln zur Arbeit zu bringen. Die Bushaltestelle wurde von draußen in das Werk verlegt, damit die Kollegen nicht an uns vorbeigehen. Viele wurden von den Abteilungsleitern zu Hause besucht, um ihnen Angst einzujagen. Aber vor jeder Schicht haben wir uns alle vor dem Tor versammelt. Es gibt eigentlich nur ein Eingangstor. Aber während des Streiks hatte die Geschäftsleitung alle Nebentore geöffnet, sogar das Tor am Fluß, das im Dunklen liegt. Die sich schämten und nicht von uns gesehen werden wollten, sind mit hochgekrempelten Hosen auf einem schmalen Weg, der zum Teil unter Wasser steht, zu diesem Tor geschlichen. Viele sind mit Autos von zu Hause abgeholt und wieder zurückgebracht worden. Das sollte die Firma jetzt auch noch machen. Wir Streikenden haben den anderen nichts getan, außer daß sie sich unsere Schmähungen anhören mußten. Aber die Chefs sind immer rausgekommen und haben die Kollegen persönlich zur Arbeit aufgefordert. Wir haben den Chefs nichts getan. Die Geschäftsleitung versuchte uns immer wieder **zu provozieren**, damit **die Polizei einschreiten** kann.

Wenn die andere Schicht herauskam, sind wir dann zum Lokal und diskutierten alle, daß wir weitermachen müssen und haben uns Mut zugesprochen. Es gab drei Gruppen von Streikenden. Die aus der Abteilung, die den Streik trugen, die Kollegen aus der Abteilung, die selbst nicht streiken würden, aber mitstreikten, und von Anfang an gab es viele, die aus Solidarität streikten. Diese Kollegen hatten kein eigenes direktes Interesse am Streik, sie hatten bessere Arbeit, aber unterstützten ihn nur.

Am Sonntag war die Verhandlung Geschäftsleitung – Gewerkschaft. Vor dem Gewerkschaftsbericht waren wir uns einig, wie es weiter geht. Es gab aber schon viele, die unsicher waren, besonders die Portugiesen. Aber als die Gewerkschaft kam, wurde es schlecht. Sie redeten viel von diesem und jenem Problem, um die Leute zur Arbeit zu bringen. Vorher gab es noch viele, die nicht arbeiten wollten. Die **Macht der Worte** der Gewerkschaft hat es erreicht.

Am Montag, obwohl die Arbeit beschlossen war, gingen einige vors Tor. 4.30 Uhr. Die Kollegen von Gürtelreifen und Karkasse versammelten sich vorm Tor. Es war fast erreicht, daß wir draußen blieben, aber dann gingen drei Portugiesen hinein und alle liefen ihnen nach. Nur fünf Spanier blieben draußen und warteten. Dann gingen auch sie hinein und kündigten. Sie wollten diese Arbeitshetze nicht mehr mitmachen. Sie „streikten" weiter, hahaha.

Warum der Streik kaputtging?

1. Wir haben überhaupt kein Geld von der Gewerkschaft bekommen.
2. Wir hatten keine Streikleitung, wir hatten keine Führung. Wir waren unerfahren.
3. Es gab zu wenig Einigkeit. Viele hatten keine Lust mehr zu streiken. Am Sonntag waren wir müde von der Abspannung und dem vielen Diskutieren. Wir hatten Angst, auf der Gewerkschaftsversammlung zu sprechen.
4. Eine Gewerkschaft, die uns zur Arbeit zurückbekommen wollte!!

3. Die Rolle der Gewerkschaft: Angst, Unwissenheit und Spaltung werden ausgenützt!

1. Beispiel: Die Streikversammlung am Sonntag, 28. 4. 1974

Die Gewerkschaft hat sich für drei Uhr nachmittags angesagt, um die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Geschäftsleitung mitzuteilen. Schon eine Stunde vorher sind viele Kollegen am Verhandlungsort; es gibt informelle Diskussionsrunden, vor allem unter einzelnen Nationalitäten. Die allgemeine Stimmung ist: wir streiken weiter, wenn unsere Forderungen nicht akzeptiert werden. Aber es sind auch schon Dolmetscher da, die abwiegeln. Uns sagen sie, **wir** sollen uns da raushalten, sie hätten das bisher allein gemacht.

Die IG-Chemie-Vertreter kommen, aber die Versammlung hat noch nicht begonnen. Obwohl vorher eine „multinationale Kommission" bestand, bleibt es den „Gewerkschaftstypen der Verwaltungsstelle" überlassen, die Versammlung zu eröffnen und zu leiten. Hexel, zuständiger IG-Chemie-Bezirkssekretär von der Verwaltungsstelle trägt die Verhandlungsergebnisse vor.



'Verhandlungsergebnisse' der Gewerkschaft:

Wenn ihr am Montag arbeiten geht:

- Keiner wird fristlos entlassen – außer dreien.
- Falls diese unschuldig sind, wird die Gewerkschaft diese in einem Prozeß unterstützen.
- Sind sie schuldig, können sie von sich aus kündigen.
- 8 % mehr Lohn.
- Jeder hat das Recht, seinen **Akkord** durch eine Kommission, in der auch die Gewerkschaft vertreten ist, **überprüfen** zu lassen.
- Strafanzeige gegen einen Portier.
- Überprüfung, ob Vorgesetzte tätlich wurden.
- Für Fehltage wird bezahlter Urlaub angerechnet.
- Für diese Woche können Gastarbeiter im Sommer eine Woche Sonderurlaub (unbezahlt) nehmen.
- Gewerkschaftliche Beratungsstunden.
- Eine weitere Versammlung.

Im Grunde wurden durch die gewerkschaftlichen Verhandlungen keine Verbesserungen erzielt. Die Gewerkschaft verstand es aber geschickt, **normale** Dinge als Erfolg zu verkaufen, da viele ausländische Kollegen über ihre Rechte nicht informiert waren. So beispielhaft die Geschichte, daß die Gewerkschaft Strafanzeige gegen den Werksbullen stellt, der eine Arbeiterin mit dem Auto angefahren hat. Diese Punkte werden vor allem von den Dolmetschern, die nicht übersetzen, sondern gegen den Streik agitieren, als große Erfolge dargestellt.

Die Dolmetscher – vor allem der Grieche in der Caritas – agierten abwieglerisch, agitierten gegen spanische Kollegen, die intervenieren wollten, denunzierten und boykottierten geschickt jeden Versuch „externer Intervention", indem sie nicht oder falsch übersetzten. So entstand am Ende des „Gewerkschaftsvortrages" die Situation, daß die Gewerkschaft die Versammlung zwar geführt, aber natürlich die Streikführung nicht übernehmen wollte. Dieser Eindruck bestand aber bei den Kollegen, die, nachdem die Gewerkschaft schon an ihrer Stelle verhandelt hatte, glaubten, die Gewerkschaft würde ihren Kampf wirklich unterstützen und jetzt auch konkret eine Abstimmung über das weitere Vorgehen durchführen würde. Daß hätte eine offizielle Übernahme des Streiks durch die Gewerkschaft mit allen Konsequenzen bedeutet. Das machten die Gewerkschaftsvertreter den Kollegen jedoch nicht klar und so schafften sie noch mehr Unsicherheit bei den Streikenden. Die spanischen Kollegen und wir selbst als Externe hatten keine Möglichkeiten, den weiteren Verlauf zu beeinflussen. Die Ratlosigkeit im Saal wurde immer größer. Alle warteten auf die Entscheidung, die sie selbst fällen mußten, „geht es nun weiter oder nicht".

Nach zwei Stunden Verwirrung – die Hälfte der Kollegen war schon weggegangen – verkündete eine Gruppe von Griechen, daß sie weiter streiken würden, wenn es eine einzige Entlassung geben würde. Die Spanier stimmten dem zu und waren in der Mehrzahl für weiterstreiken. Diese Reaktion der Portugiesen brachte viel Unsicherheit und diese Unsicherheit nutzte ein Caritas-Dolmetscher, der dem Gewerkschaftsbonzen eine „Frage" stellte: „Wird die Gewerkschaft denn auch für die Bestrafung der deutschen Meister und Abteilungsleiter sorgen, die sich gegenüber den ausländischen Kollegen unkorrekt verhalten haben?" (Drei Kollegen sollten, weil sie Meister geschlagen haben sollen, fristlos entlassen werden.) Der Gewerkschaftstyp sagte: „Ja, natürlich" und alle im Saal sind zunächst begeistert; dann Ratlosigkeit, man merkt, daß alle Inhalte sich durch diesen rassistischen Einwand total verflüchtigt haben. (Ein Dolmetscher: „Der Streik war mal notwendig, damit die Ausländer ihren Groll gegen die Deutschen loswerden konnten.") Die früheren Abstimmungen wurden dadurch noch mehr relativiert. Keiner wußte mehr, was los war. Ausdruck dieser Ratlosigkeit ist dann der Schlußbeitrag eines militanten spanischen Kollegen, der sagt: „Wenn wir schon arbeiten, dann wenigstens langsam." Und die Hoffnung einiger anderer Kollegen, daß am Montag früh, am Tor praktisch abgestimmt würde. (nur der KBW war überzeugt, daß es weitergehe.)

Schlußbeitrag der Gewerkschaft: Der Streik habe gezeigt, daß hier im Betrieb einiges im Argen liege und man verstärkt daran gehen müsse, ausländische Vertrauensleute zu wählen. „Kollegen, wir vergessen euch nicht, wir werden nächste Woche eine Versammlung abhalten."

2. Beispiel: Die Gewerkschaftsversammlung am 3. Mai

Zu der Versammlung sind nur noch wenige Arbeiter gekommen. Die Gewerkschaft reist mit großem Aufgebot und ihren Dolmetschern an, ein Teil vom deutschen Betriebsrat, der sich vor der Versammlung nie hat blicken lassen, war auch da.

Eingeleitet wurde sie dann durch ein Darmstädter Gewerkschaftsvorstandsmitglied: Gemeinsam gilt es jetzt, mit Betriebsrat und den gewerkschaftlichen Organen die Probleme zu diskutieren, damit die Interessen gegenüber den Unternehmern besser vertreten werden könnten; man werde in Zukunft regelmäßig Versammlungen der 1 700 gewerkschaftlich organisierten Kollegen durchführen, Beratungsstunden seien eingerichtet usw. Kein Wort zu den Forderungen des Streiks, zu den Entlassungen, zu Überprüfungen der Akkorde.



Die Reaktion der ausländischen Kollegen auf das Gerede des Vorstandes ist Ratlosigkeit, Enttäuschung. Keiner weiß so recht, wie es weitergehen soll. Im „Namen" der Arbeiter stellt ein Dolmetscher dann folgende Fragen und Forderungen:

1. Überprüfung nicht nur in der Karkasse-Abteilung, sondern auch im Reifenbau;
2. Eine Woche unbezahlten Urlaub im Sommer zusätzlich.
3. Im neuen Tarifvertrag darf die Erhöhung nicht durch die Heraufsetzung des Akkords aufgefressen werden.
4. Einmal im Monat Versammlung, „damit die Gewerkschaft uns nicht vergißt".

Da wurden einige Kollegen unruhig und stellten Fragen, warum denn der gesamte Betriebsrat nicht da sei (Antwort: „Die können wir nicht zwingen, das müssen wir ihnen überlassen, ob sie kommen wollen oder nicht.") Die Kollegen bringen vor, daß viele von ihnen nicht gekommen sind aus Angst vor Repressalien! („Wovor fürchten sich die Kollegen; Repression, wo geschieht das? Jeder Übergriff wird im Rechtsstaat durch das Gericht verfolgt" usw.) Danach bezogen die Gewerkschaft und die anwesenden Betriebsräte sich auf die Forderungen der Kollegen:

Tariferhöhung ist Zeitstraffung im Akkord und ist „nicht normal" und der Zeitpunkt für Erhöhungen sei „ungünstig gewählt". Unbezahlte Verlängerung des Sommerurlaubs sei nicht drin, wenn auch die Forderung berechtigt und verständlich sei. – „Gebt dem Betriebsrat euren Wunsch mit auf den Weg" – Dazu muß man wissen, daß der Betriebsrat die Änderung des Akkords im April schon ohne Reaktion hingenommen hat, daß die ausländischen Kollegen schon im Oktober die Überprüfung verlangt haben und vom Betriebsrat abgewiesen wurden – mit Hinweis auf die technische Veränderung im Produktionsprozeß.

Zur Überprüfung selbst hieß es dann, nicht jeder solle den Antrag stellen, sondern in Absprache mit dem Betriebsrat sollten bestimmte Arbeitsplätze neu gestoppt werden. Die Arbeiter werden hier von den Gewerkschaften unter Druck gesetzt; die Messungen können auch „schlecht für sie ausgehen", die Zeiten können sehr wohl auch stimmen. Der Betriebsrat erklärt, die 20 %ige Erhöhung sei sehr wohl gerechtfertigt. Dagegen steht die Frage, warum der Schäfter von der IG-Chemie von 6–8 % gesprochen hat. Die Arbeiter merken, daß sie gar nicht vertreten sind, stellen Fragen nach den Kündigungen. Es wird chaotisch. Die Fragen und Antworten werden nicht mehr übersetzt, die Dolmetscher mauscheln. Wo's jetzt interessant wird und darüber gesprochen wird, was im Streik gefordert wurde, sagt ein Kollege: „Das ist doch nicht nur ein Fall Metzeler, sondern das geht alle Arbeiter etwas an, ob an der Ruhr oder anderswo!" Jetzt wird die IG der Boden zu heiß, die Dolmetscher fangen wieder an zu agitieren und abzuwiegeln.

Die Gewerkschaft beginnt mit weiteren Tricks von den tatsächlichen Problemen abzulenken. Sie läßt den Streikleiter von Merck (1971) (den sie mitbrachten) sprechen und betont, er sei unabhängig von Betriebsrat und Gewerkschaft. Nun kommt der klassenkämpferische Pepp:

„Wir stellen fest, daß die Unternehmer die Abmachungen nicht halten bzw. Angst erzeugen wollen. Ihr könnt euch darauf verlassen, daß die IG euch jeden Schutz gewähren wird. Nach einem Streik brauchen die Kollegen den Schutz ihres Betriebsrates. Wenn auch früher hier einges nicht gelaufen ist, so glaube ich doch, daß er euch unterstützen wird. Ein Betriebsrat weiß doch, daß er in erster Linie die Interessen der Kollegen wahrnimmt; wenn er das nicht tut, entmachtet er sich und wird zum verlängerten Arm des Chefs. Die Mitglieder des Vorstandes waren hier und haben sich mit allen Problemen befaßt. Wir werden in Zukunft mit dem BR enger zusammenarbeiten. Die Unternehmer freuen sich über dies Durcheinander. Gegensätze überwinden, Solidarität herstellen! Adelante compagneros!"

Der Saal hat sich inzwischen geleert, die Show ist gelaufen, die Arbeiter diskutieren unter sich, wie's weitergeht.

Und Weiter? Nach unseren Informationen sieht es *im* Betrieb heute ,wie vor dem Streik' aus. Eine Lohnzulage gibt es noch nicht, da die Akkordüberprüfung nicht abgeschlossen ist. Die Kollegen sagen von sich selbst, sie seien *nicht* depremiert, sondern warten erst einmal ab, was jetzt kommt.

Inzwischen hat sich durch einen externen Anstoß ein „Provisorisches Komitee" gebildet. Es hat schon Flugblätter verteilt; darin wird ein nächstes Flugblatt angekündigt, wo ein Termin zur Wahl eines Komitees bekanntgegeben wird.

4. Könnten wir den Arbeitern nützen?

Wir, das sind die für Breuberg ,Zuständigen', haben diskutiert, warum wir hinausgefahren sind, was wir da wollten, sollten und hätten, wenn . . .

Neben dem prickelnden Erlebnisreiz eines wilden Streiks war da vor allem unser Bedürfnis nach konkreter Agitation für ,unsere' Betriebe/Stadtteile, also nach Informationen und Erfahrungen. Anzubieten hatten wir den Kollegen eine zu organisierende Sammlung auf dem ,Multinationalen Solidaritätsfest' in Frankfurt. Außerdem die informative Verbreitung des Streiks, sowie unsere ,Erfahrung' mit wilden Streiks.

Wir wollten unsere Hilfe anbieten, aber nicht leninistisch intervenieren oder gar führen. Günstige Voraussetzung war ein ausländisches Lokal, in dem sich alle trafen, so eine Art Zentrum. Die Kollegen diskutierten gerne mit uns, fanden auch gut, was wir vorhatten, hatten aber sonst keine Aufgaben für uns. Sie konnten genausowenig mit uns anfangen wie wir mit ihnen. Wir konnten nur mit einzelnen oder kleinen Runden sprechen. Es gab keine Kristallisationsgruppen außer bei den Griechen um ihren Dolmetscher. Unsere Kontakte waren sehr individuell, was unsere Arbeit und deren Bestimmung erschwerte.

Vage Hinterkopfhoffnungen von einem kleinen Lenin, der in einem stecken könnte, wurden von der Realität bzw. dem Beispiel anderer eines Besseren belehrt. Da war z. B. dieser Spanier, der von den Externen noch am integriertesten in den Streik war. Er stand schon länger in einem Diskussionszusammenhang mit einigen Kollegen von Metzeler. Er trat bei der Gewerkschaftsversammlung am Sonntag als Wortführer auf. Anfangs konnte er noch durch Zwischenfragen und -erklärungen den Kollegen die Möglichkeit geben, ihre Stimmung auszudrücken. Aber die Kollegen, die ihn heftig beklatschten, betonten untereinander immer wieder, daß er ,nicht von Metzeler' sei. Sie selbst diskutierten nichts öffentlich auf der Versammlung; die Linken mit ihrer Gegenanalyse haben die Beteiligung der Metzeler-Kollegen eher verhindert als gefördert. Das gilt auch für unseren Beitrag, der hauptsächlich Gegeninformationen brachte. Er wurde zwar beklatscht, löste aber keine Diskussionen aus.

Eine Diskussion konnte aber nicht laufen, da die Kollegen eine starke Erwartungshaltung der Gewerkschaft gegenüber hatten. Sie hatten sich wenig vorbereitet, hatten Angst, wußten nicht mehr weiter und setzten Hoffnungen in die Gewerkschaft. Sie haben von ihren Heimatländern her ein anderes Verständnis von Gewerkschaft und können nicht glauben, daß die hier in Deutschland so sind, wie sie sind. Sie meinen, die Gewerkschaft sei **ein** Instrument zur Durchsetzung ihrer Forderungen und haben Schützenhilfe zu leisten. Die Gewerkschaften hier haben das genau umgekehrte Verständnis. Da die

Emigranten so gut wie gar nicht in den Gewerkschaften integriert sind, erscheinen sie ihnen als etwas Fremdes, zugleich aber Erstrebenswertes, Veränderbares. (Man muß sich nur mal das arrogante Gerde der aufgestiegenen deutschen Bauern vom Betriebsrat angehört haben!)

Die streikenden Kollegen hatten in der Woche wenig untereinander strukturiert diskutiert. Die durch den Streik aufgetretenen finanziellen Belastungen und Ängste wurden als individuelles Problem betrachtet und nicht im größeren Rahmen diskutiert, geschweige denn gelöst. Vor der Versammlung sagte jder, daß es weitergeht, beschwor aber gleichzeitig die Ängste der anderen (siehe auch die widersprüchlichen Aussagen im Emigrantenbericht zu der Streikbereitschaft). Die Gewerkschaft verstand es, diese Ungeschlossenheit, also Unsicherheit, unter den Kollegen zu verstärken. Eine Intervention von **außen** konnte das schon gar nicht verhindern.

Besonders imposant war das Auftreten des KBW auf dieser Versammlung. Als alles gelaufen war, erschienen zwei Leader. Sie schrieben schnell eine Rede: „Es muß diskutiert und beschlossen werden . . . "

Wir haben uns oft gefragt, was gewesen wäre, wenn wir schon früher, also zu Beginn des Streikes, dorthin gefahren wären. Wir hätten vielleicht besseren Kontakt zu den Kollegen gehabt, hätten also mehr Einfluß gehabt. Mehr, das ist sehr relativ: es hätte nichts an unserer Situation geändert, die dort nun einmal eine externe ist. Als Außenstehende können wir nur eine Arbeit nach außen machen. Die Arbeit nach innen muß von denen getragen werden, die im Betrieb sind und seine Strukturen durchblicken. Um so als Externe arbeiten zu können, brauchen wir autonome Arbeitergruppen. Wie baut man die auf?

Genossen des RK



Kampf den Spekulanten

Dänische Bauarbeiter wollen sich künftig weigern, unter Polizei- oder Militärschutz Gebäude abzureißen, die von Hausbesetzern bewohnt werden. Ole Berthelsen, Chef der Kopenhagener Erd- und Betonarbeiter: »Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Menschen aus brauchbaren Wohnungen hinauszuwerfen, damit dort der eine oder andere Versicherungspalast erstellt wird, während sich die Bodenspekulanten die Hände reiben.« Anlaß des Beschlusses: Die Behörden wollen das seit zwei Jahren besetzte Kopenhagener Kasernenviertel »Freistadt Christiania« niederreißen.

Spinnt der RK ?

Dem Häuserkampf in Frankfurt und seiner Darstellung und Analyse in der WWA folgte die Kritik — so in „links" (Nr. 54, April 1974) und „Der lange Marsch" (Nr. 9, April 1974). Diese Kritik wird von dem Vorwurf durchzogen, der RK habe jetzt endgültig und vollständig den Boden der Realität verlassen, sei dem Rausch einer losgelösten und unpolitischen Militanz erlegen und sei nicht mehr in der Lage, die soziale Realität um ihn herum zu erkennen. Wir finden, daß diese Kritik **ziemlich bezeichnend** ist für die politischen Unklarheiten innerhalb der Linken. Wir wollen in Antwort auf die paar inhaltlichen Punkte der Kritik noch einmal unsere Position zum Häuserkampf (und nicht nur zum Häuserkampf) klarmachen. Die Kritik bezieht sich wesentlich auf drei Kernpunkte.

1. Die Häuser (wobei man für Häuser auch alles mögliche andere einsetzen kann) lassen sich zur Zeit nicht militärisch verteidigen;
2. vorhandene Sympathien bei der Bevölkerung werden verscherzt;
3. Wir Spontis verfügen über keine Massenbasis, die über Sympathiekundgebungen hinausgeht.

Diese Kritik ist undifferenziert, weil sie die militante Verteidigung nicht als politisch-militärische Verteidigung, sondern als militaristischen Akt sieht; bei der Frage des Sympathieverlustes nicht den Prozeß als Polarisierung begreift, da gerade beim Häuserkampf im Frankfurter Westend der Bogen der Sympathie von altgedienten Faschisten über altgewordene Großbürger, SPDler bis hin zu durchaus klassenbewußten Standpunkten gereicht hat.

Insgesamt betrachten wir den Standpunkt der Kritik als einen unpolitischen, weil sie im Grunde nicht über das erschreckte Bejammern von geschaffenen Realitäten hinausgeht, diese Realitäten im Grunde an jedem Punkt rückgängig machen will anstatt den Blick nach vorn zu richten. Unpolitisch auch deswegen, weil nicht zugestanden wird, daß die Ereignisse nicht das Ergebnis der politischen Vorstellungen des „militanten Flügels des RK" sind. Nimmt man dies an, so muß man sich notwendig in solch absurden Vorstellungen ergehen, als ob 20–30 Leute, dadurch daß sie an der richtigen Stelle den richtigen Stein geworfen haben, den Rest quasi gegen seinen Willen in die Auseinandersetzungen gezogen haben. Der tatsächliche Ablauf der Ereignisse widerlegt solche Behauptungen. Geht man vielmehr davon aus, daß die Ebene der Auseinandersetzung aus den spezifischen Bedingungen in Frankfurt resultiert (eine Tatsache, die inzwischen sogar Zeitungen wie „Stern" und Spiegel erkannt haben), dann kann man sagen, daß sich hier Klassengegensätze in einer zugespitzten Form zeigen wie bisher selten in der BRD; daher enthalten auch Art und Weise der Klassenauseinandersetzung Schwierigkeiten und Neuigkeiten gegenüber dem bisher Gewesenen.

So gesehen kommt man zu dem Ergebnis, daß die Frankfurter Sponti-Linke auf einer Ebene der Klassenauseinandersetzungen gezerrt wurde, wo sie zunächst nur in unmittelbaren Kampfgetümmel reagieren konnte, und bis jetzt nicht in der Lage war, weitergehende Konsequenzen zu ziehen (denn Klassenauseinandersetzungen haben sehr materielle Folgen über den aktuellen, unmittelbaren Putz hinaus, wie wir nach dem Samstag auch ganz handgreiflich erfahren haben). Was der sog. „militante Flügel des RK" getan hat, war in diesem Zusammenhang nichts anderes als ein erster, sehr beschränkter und deswegen sehr stümperhafter Versuch, der noch nicht durchschauten neuen Situation gerecht zu werden. Die politische Kritik am Frankfurter Häuserkampf muß an diesem Punkt ansetzen: Welche allgemeinen Erkenntnisse lassen sich aus den Erfahrungen des Häuserkampfes ziehen und welche praktischen Konsequenzen folgen daraus?

Wir haben über zwei, drei Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, **daß politische Fragen ganz real Machtfragen sind und zwar auf jeder Stufe der Bewegung.** Zwar war es nur aufgrund der ganz speziellen widersprüchlichen Situation der Frankfurter Sozialdemokratie möglich, daß solch reformerischen Bestimmungen wie die des ehemaligen Oberbürgermeisters Möller zu Papier gebracht wurden; andererseits wären sie Papier geblieben, hätte sich um die Frage der Besetzungen nicht eine Massenbewegung konstituiert, die sich aktuell **auch** auf der militärischen Ebene mit der Staatsgewalt auseinandersetzt. Zwar war und ist die Frankfurter bzw. Hessische Polizei uns an jedem Punkt rein militärisch überlegen; hier zeigt sich aber auch, was das heißt — „polit-militärisch": die jeweils widersprüchliche Situation erlaubt es der Repression eben nicht, unsere Bewegung mit allen militärischen Mitteln zu zerschlagen, weil das für sie nicht überschaubare realpolitische Konsequenzen hätte. Die Räumung des Kettenhofweges 51 hätte nicht so hohe Wellen geschlagen (schließlich wurden in der BRD schon viele Häuser brutal und mit einem Riesenaufwand geräumt), hätten sich die Frankfurter Häuserkämpfer nicht auf eine Machtauseinandersetzung eingelassen. Schließlich hätte sich auch die Auseinandersetzung um die Bockenheimer/Schumannstr. nicht über drei Monate hingezogen, politisch hohe Wellen geschlagen, Auseinandersetzungen in den politischen Parteien provoziert und dann letztendlich die politische Führung **gezwungen**, den Stadtkern von Frankfurt incl. Westend mehrere Tage **militärisch zu besetzen,** um einem Spekulanten zu seinem Recht zu verhelfen, hätte es nicht den Kettenhofweg 51 gegeben und hätte es nicht die klare Ankündigung von Widerstand auf der Straße gegeben.

An diesem Punkt wollen wir eine These aufstellen: an der Frage der Verteidigung der Häuser war nicht mehr nur das allgemeine Interesse an politischer Aufklärung und politischen Lernprozessen maßgebend, sondern das Interesse an realen Veränderungen bzw. materiellen, greifbaren Ergebnissen war zumindest bei einem Teil der Bewegung der Antrieb. An diesem Punkt angelangt werden unsere Handlungen politisch, weil sie erst von diesem Punkt an eine Politisierung des Massenbewußtseins ermöglichen. Politisches Bewußtsein der Massen heißt u. M. Bewußtsein der Möglichkeit von realen Veränderungen, das schließt ein das Wissen von der Möglichkeit, auf der Ebene der Machtauseinandersetzung „ein Wörtchen mitreden" zu können.

Hier genau an diesem Punkt zeigt sich einerseits die bisherige Schwäche der linksradikalen Bewegung: die richtigen Inhalte, um die es zu kämpfen gilt, im Kopf zu haben, aber keine realistischen Wege, sie kämpferisch zu erreichen; andererseits stellt sich das Problem, daß wir ein anderes Verständnis von Massenarbeit entwickeln müssen: die lapidare Frage „Was kann man denn machen? ", die unserer aufklärerischen Tätigkeit oftmals entgegengesetzt wird, können wir, wollen wir politisch ernst genommen werden (d. h. von den Massen als eine Kraft, die eine praktische Alternative zu den traditionellen reformistischen Institutionen, die zwar regelmäßig die gesetzten Erwartungen enttäuschen, deren Konzept aber letztlich immer noch mehr Aussicht auf Erfolg bietet als unsere derzeitige Praxis, ist, wahrgenommen werden) nicht durch Vorschläge unsererseits wie „Häuser besetzen — die Miete nicht bezahlen", „Streik" und dgl. mehr beantworten, sondern nur dadurch, das wir von unserer Seite aus praktische organisatorische Strukturen und Voraussetzungen schaffen, die es ermöglichen, **mit den Leuten zusammen praktische Gegenmacht auf allen Ebenen** aufzubauen.

Wenn wir uns fragen, warum wir dem System gegenüber eine stärkere Position haben als die Masse der Leute, so müssen wir uns eingestehen, daß dies nicht nur Folge unseres fortgeschritteneren Bewußtseins ist, sondern wesentlich dadurch bestimmt ist, daß wir uns auf bestimmten Ebenen relativ unabhängig vom System gemacht haben, daß wir die „Gegenmacht", zwar mehr schlecht als recht, aber immerhin, im Alltag aufgebaut haben. Wir sind eben auch auf der ganz materiellen Ebene nicht mehr so leicht zu treffen wie der Bevölkerungsdurchschnitt; wir haben eine stärkere Position im Umgang mit Behörden, Ärzten usw., weil wir einen Zusammenhang mit linken Anwälten, Ärzten etc. haben. Gegenmacht organisieren heißt: diese Zusammenhänge organisieren und **gegenüber den Massen öffnen** — angefangen bei medizinischen, rechtlichen Versorgungen, kollektiver Lebensorganisierung, Kindererziehung, Auseinandersetzung mit Behörden bis hin zu milizartigen Selbsthilfeorganisationen und Massenguerillas gegenüber den Hausbesitzern, Faschisten, Fabrikbesitzern.

In diesem Zusammenhang ist auch erklärlich, wieso die erste Reaktion des „militanten Flügels des RK" auf das Problem der Gegenmacht einseitig auf die Militanz beschränkt war und sich deswegen in der Organisierung militanter Haufen ausgedrückt hat: in der aktuellen Kampfsituation haben wir nur den augenfälligsten Ausdruck der Machtauseinandersetzung gesehen. Daß dieser augenfälligste Ausdruck nicht der **politische** Kern des Problems und unserer Arbeit sein kann, ist uns klar: es geht uns nicht um exemplarische Aktionen, sondern um unsere mögliche Rolle im Prozeß der Organisierung von Massenkonflikten und -bewegungen. Dabei ist uns aber eins auch ganz klar: die Frage der gewaltsamen Auseinandersetzung wird dabei auch und grundsätzlich anzugehen sein — schließlich geht es uns nicht nur um Aufklärung über kapitalistische Zusammenhänge, sondern darum, wie Kämpfe (nicht nur unsere „eigenen"!) siegreich geführt werden können.

Einige RK-Genossen

Krawalle bei Rockfestival



Bei einem Rockfestival in der amerikanischen Stadt Richmond (Virginia) hat die Polizei am Wochenende mehr als 100 Personen wegen Drogenmißbrauchs und Trunkenheit festgenommen. Aufgebrachte Musikfans lieferten der Polizei eine Straßenschlacht, bei der neun Streifenwagen umgestürzt und in Brand gesetzt wurden. Ein großes Aufgebot von Polizei räumte das Stadion nach Ende des zweitägigen Freiluftkonzerts, an dem 14000 Menschen teilgenommen hatten. Foto: AP

Chile-Konferenz:

Eine Diskussion fängt an

„Von Chile lernen!" – so hatten wir (die Chile-Gruppe im Revolutionären Kampf) in der letzten Nummer zur Massendiskussion aufgerufen, die wir während der Internationalen Chile-Konferenz Ende April machen wollten. Anders als diese (sie verlief schlecht) war der Kongreß selber nur ein nichtöffentliches Treffen von Delegationen. Es war politisch richtig, daß es so war und daß wir auch nur als Delegation daran teilnahmen, weil sonst der Rahmen einer intensiveren Arbeitskonferenz gesprengt worden wäre. **Doch müssen dann** anschließend die Diskussionen, Diskussionspunkte und Auseinandersetzungen öffentlich verbreitet werden, um die Fortsetzung der Diskussion zu ermöglichen.

Zum einen sollte die Chile-Konferenz den verschiedenen lokalen und nationalen Solidaritätsinitiativen zur praktischen Fortsetzung und Verstärkung ihrer Unterstützungsarbeit für den chilenischen Widerstand neue Impulse geben. Sicher war die zahlreiche Teilnahme deutscher und ausländischer Chile-Komitees und von Vertretern des revolutionären Widerstandes in Chile eine gute Bedingung dafür. Doch wo nun die praktischen Schritte liegen werden, konnten wir von der bloßen Diskussion auf dem Kongreß her noch nicht abschätzen. Jedoch ist zu erwähnen, daß sich die vertretenen Organisationen im Prinzip einig waren, für den 11. 9. 1974 (Jahrestag des Militärputsches) – mindestens – Solidaritätsdemonstrationen in ganz Europa vorzubereiten.

Aber der Kongreß hatte noch eine zweite Funktion, und vor allem deswegen nahm der Revolutionäre Kampf daran teil; er sollte eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den revolutionären Kräften Chiles einerseits und andererseits über die Lehren, die aus der chilenischen Erfahrung für eine revolutionäre Politik in Westeuropa gezogen werden müssen, einleiten. Und mit diesem, für alle revolutionären Organisationen Europas bedeutsamen Gesichtspunkt war die Chile-Konferenz wohl der erste Versuch nach dem Zweiten Weltkrieg, eine breite politische Diskussion zwischen der revolutionären Linken Europas gemeinsam zu führen.

Allein im Zustandekommen dieses politischen Kontakts – so schwach im einzelnen die inhaltliche Auseinandersetzung auch gewesen sein mag – liegt ein wichtiger Schritt für die europäische Linke, die unleugbare Bedeutung dieser Konferenz, trotz aller Mängel und Fehler.

Allerdings fand eine inhaltliche Auseinandersetzung über die augenblickliche politische Praxis verschiedener Organisationen und Gruppen, über ihre Probleme, Schwierigkeiten und strategischen Vorstellungen zum großen Teil erst „am Rande der Konferenz" statt, also bei verschiedenen Treffen einzelner Delegationen neben den Sitzungen. Dieses „Abtasten" halten wir für den notwendigen Anfang einer Diskussion unter der europäischen revolutionären Linken. Gleichzeitig müssen zukünftige Treffen inhaltlich konkreter vorbereitet werden und auch organisatorisch andere Formen finden.

Bei der Vorbereitung der Konferenz zeichnete sich zunächst eine Spaltung ab zwischen denen, die bereit waren, den Kongreß als eine breite und nicht sektiererische Diskussion über die Erfahrungen des revolutionären Prozesses in Chile und seiner Lehren für Westeuropa vorzubereiten, und denen, die einer solchen Diskussion und Konfrontation aus dem Wege gehen mit dem Argument, **nur** ein massenhafter Solidaritätskongreß hätte eine politische Funktion (so aus Deutschland z. B. KBW und KPD, die dann „offiziell" nicht teilnahmen, jedoch ihre Vertreter als Delegierte von lokalen Solidaritätskomitees bzw. der „Liga" hinschickten).

Wie auf der Konferenz klarer wurde, liegt diese Kontroverse in der tatsächlichen Bedeutung, die der Erfahrung von Chile für die eigene Politik beigemessen wird: der KBW zum Beispiel begründete seine Nichtteilnahme ferner damit, ihm gehe es „nicht um eine Vereinheitlichung einer ‚westeuropäischen Linken', der Öffentlichen Auseinandersetzung" (Wo dann will sich der KBW z. B. mit der englischen Gruppe „Big Flame" öffentlich auseinandersetzen?), und er forderte eine Diskussion ausschließlich um den Punkt „Gegenwärtige Lage in Chile und die Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung". Er läßt also in seinem Diskussionsvorschlag an die Konferenz den Punkt „Bedeutung der chilenischen Erfahrung für Westeuropa" schlicht und einfach weg. Und dies ist nur möglich von einer Position, die sagt: man brauche aus Chile nichts zu lernen bzw. man wisse alles schon.

Aber genau an diesem Punkt, wo sich die Frage danach stellte, wie man mit den chilenischen Erfahrungen umgeht, sie politisch verarbeitet, um eine inhaltliche Position zu bilden, spielte sich auf dem Kongreß etwa der gleiche Fraktionierungsprozeß zwischen den teilnehmenden Gruppen ab, der wichtig ist zur Klärung einer zukünftigen inhaltlichen Zusammenarbeit und für die politische Auseinandersetzung: nämlich eine Aufspaltung in diejenigen Gruppen, welche die Erfahrung Chiles nur als Bestätigung ihrer seit je propagierten Allgemeinheiten ansehen („Reformismus führt nicht zur Revolution." Aber auch: „Es gibt Phasen, da muß man eine reformistische Politik machen."), und denjenigen Gruppen, die versuchen, konkret die Fülle praktischer Ansätze und Probleme, wie sie sich aus der revolutionären Praxis des chilenischen Prozesses in einem bisher einmaligen Entfaltungsgrad stellten, zu analysieren und, was sie daraus gelernt haben, in ihre Strategie zu übernehmen.

Wir wollen im folgenden drei inhaltliche Positionen, die auf der Konferenz vertreten wurden, darstellen. (Zu mehr als dem Darstellen von Positionen kam es auf der Konferenz kaum, das hatte wesentlich auch zeitliche Gründe – es dauerte zwei Tage, bis alle Einleitungsbeiträge der Gruppen durch waren; danach kam es nur zu Ansätzen von Diskussionen.) Wir werden versuchen, für die nächste Nummer der WWA einen eigenen Chile-Beitrag vorzubereiten.

Lotta Continua:

Chile – unsere Kommune

Alle bisherigen revolutionären Prozesse nahmen ihren Ausgang von einer organischen Krise des Staates, gekoppelt mit einer allgemeinen Zerrüttetheit der Armee. Immer hatte dies einen engeren Zusammenhang mit innerimperialistischen Kriegen – das Beispiel Kubas als Ausnahme kann, wie das Scheitern Chês zeigt, nicht verallgemeinert werden. Chile ist nun das erste Beispiel für die Probleme eines revolutionären Prozesses, der im Frieden beginnt, und bei dem der Staat zwar vorübergehend funktionsuntüchtig ist wegen innerbourgeoiser Widersprüche, doch tendenziell intakt. In dieser Krise also, wo die traditionellen Herrschaftsmittel der bürgerlichen Klasse ihren Zweck nicht mehr erfüllen, und die Armee ihr noch nicht zur Verwendung bereit ist, dort entsteht ein Machtvakuum, welches hauptsächlich der UP – die hinter sich die schon während der Ära Frei stark entwickelte Arbeiter- und Bauernbewegung hatte – ermöglichte, die Regierung anzutreten.

In Chile stellte sich das Hauptproblem eines jeden revolutionären Prozesses, der Übergang zum Aufbau der Partei und zur Bewaffnung der Massen, unter denselben Bedingungen wie in europäischen Ländern wie Italien und Frankreich: unter Bedingungen also, in denen eine starke reformistische Arbeiterbewegung und eine starke revisionistische Partei, welche die Hegemonie über die Klassenbewegung besitzt, das Feld bestimmen. Das Verhältnis zwischen der Krise des bürgerlichen Staates, der Funktion des Reformismus in dieser Krise und der Entwicklung der autonomen Bewegung sowie der revolutionären Führung des Proletariats, welche sich das Ziel der Bewaffnung der Massen stellt: das ist der Knoten, den die chilenische Erfahrung nicht gelöst hat, den sie aber auf einer Ebene neu aufgeworfen hat, welche fortgeschrittener ist als jede andere revolutionäre Erfahrung im kapitalistischen Westen bisher.

Sicher ist die Bedeutung des Fehlens einer revolutionären Partei groß. Sie wäre von ungeheurem Wert für die Offensivmöglichkeiten der Arbeiterklasse gewesen. Doch kann diese nicht etwa innerhalb der Regierungsparteien gebildet oder erwartet werden etc., sondern nur innerhalb des Prozesses der reellen Entwicklung der Avantgarden selber. Und das ist die erste häufige Mißinterpretation der chilenischen Erfahrung.

Die zweite Mißinterpretation begreift die **Formen** der Selbstorganisation, die Räte etc., als den Ansatz einer Organisation von ‚proletarischer Kultur', ‚sozialistischer Gesellschaft' – also rote Inseln – und sieht nicht, daß all dies hauptsächlich Formen sind, in denen sich die Massen zum Kampf organisieren, Mittel und Tribünen zum Durchsetzung der Interessen der Massen, aber auch der Erwartung der sich abzeichnenden frontalen Auseinandersetzung. Die Entwicklung in Chile hat zwar die Frage der Bewaffnung gestellt – doch die revolutionäre Bewegung konnte sie nicht lösen.

Das Terrain, auf dem die Masseninitiative der Bourgeoisie begegnen sollte, war durch die partielle Machtergreifung des Reformismus innerhalb der Exekutive abgesteckt. Die chilenischen Massen auf dem Lande und in den Städten haben nicht auf dem gleichen Boden gekämpft, auf demnach und nach die Frage des Klassenzusammenstosses sich stellte. Hat auch die revolutionäre Bewegung im einzelnen während der Entwicklung unter der UP viel gelernt, haben sie auch – unbewußt – taktisch die durch den Reformismus geschaffenen Freiräume zu nutzen verstanden, so haben sie doch insgesamt vom organisatorischen und politischen Gewicht des Reformismus sich nicht freigemacht. Als das Terrain der Massen in Chile – poder popular verstanden als Selbstorganisation, Selbstversorgung, Selbstverteidigung – wenn auch von einem defensiven Punkt ausgehend, sich Schritt um Schritt ausgeweitet hatte, so daß sich zumindest in diesem Bereich die Frage der autonomen Volksmacht, Gegenmacht, stellte. Da blieb es trotzdem der Regierung überlassen, der Bourgeoisie auf politisch-institutioneller Ebene zu begegnen und ihre Offensiven abzuschwächen und womöglich zurückzudrängen. Diese Art Arbeitsteilung, die



Ein Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Welt

in der Vergangenheit zugunsten der proletarischen Autonomie funktioniert hatte, besteht auch jenseits einer Schwelle weiter, hinter der diese Arbeitsteilung sich zugunsten der Bourgeoisie auswirkt.

Zwar kann das Proletariat in Antwort auf den ersten, den versuchten Putsch auf seinem ihm eigenen Gebiet in die Offensive gehen: wieder werden mehr kommunale Kommandos gegründet und Räte gebildet, doch das Bewußtsein von der bevorstehenden Kraftprobe mit der Bourgeoisie, den faschistischen Cliquen etc., kann nicht mit praktischen oder organisatorischen Konsequenzen sich massenhaft verbreiten. Das leidige Waffenkontrollgesetz in Händen der mittlerweile politischen Armee deutet schon die Form und die Beteiligten an, die am entscheidenden Klassenzusammenstoß beteiligt sein werden. Und die Bourgeoisie hatte seit dem Versuchsputsch (L. C. spricht von einem Scheinputsch, der evtl. Spaltungen in der Armee sichtbar machen sollte) die Initiative in der Hand.

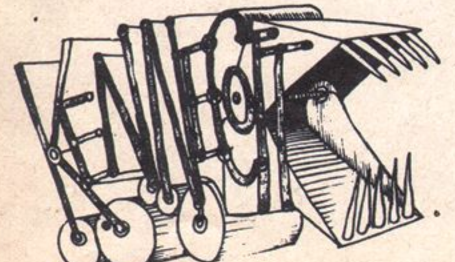
Pour le communisme:

Chile und die Volksfront in Frankreich

Die französische Gruppe **Pour le communisme** (Für den Kommunismus) ging auf die Lehren ein, die für eine revolutionäre Strategie in Europa aus dem chilenischen Beispiel folgen. Drei wesentliche Punkte nannten die Genossen:

1. Die Frage der Partei

Festzustellen, daß in Chile bis zuletzt eine einheitliche proletarische Klassenorganisation gefehlt hat, ist banal und bringt für sich nicht weiter. Wichtig wird es bei der Frage, was daraus für Konsequenzen zu ziehen sind. Da gibt es nun Genossen und Organisationen, die sagen: ohne das Bestehen einer solchen Organisation wäre die radikale Verschärfung der Klassenkämpfe tödlich für die revolutionäre Bewegung — unweigerlich würde sie sich damit wehrlos dem faschistischen Zugriff aussetzen. Auf die aktuelle Situation Frankreichs bezogen heißt das: ein Sieg Mitterands wäre heute noch eine Niederlage für die revolutionäre Bewegung, denn einerseits wäre eine Verstärkung der Massenbewegung Konsequenz dieses Sieges — und andererseits würden dann aber die Organisationen fehlen, die den Sieg dieser Bewegung allein gewährleisten können. Diese Genossen ziehen eine falsche Konsequenz, denn sie meinen, **die revolutionäre Organisation könne und müsse außerhalb des Klassenkampfs entstehen.** Sie sehen nicht, daß Chile gerade das Gegenteil lehrt: im Sieg der UP-Regierung hat sich eine neue und stärkere Massenbewegung angekündigt, der UP-Reformismus hat eine Situation geschaffen, in der die Frage der einheitlichen Klassenorganisation überhaupt erst praktisch gestellt werden konnte. **Es wurde möglich, im Klassenkampf, in der Massenbewegung, in der praktischen Auseinandersetzung der Massen mit dem Reformismus, aus dem sie selbst kamen, die Frage der revolutionären Alternative inhaltlich und organisatorisch folgenreich zu stellen.** Die revolutionäre Alternative entsteht nicht im luftleeren Raum, nicht in der klinisch sauberen Abgrenzung der minoritären revolutionären Kerne von dem mächtigen Block des Reformismus — sie entsteht dadurch, daß es den Revolutionären gelingt, die Auseinandersetzung nicht sektiererisch zu führen, daß es ihnen gelingt, die Widersprüche des Reformismus möglichst weit zu verschärfen, eine möglichst konkrete Beziehung zu den linken Kräften des Reformismus zu entwickeln. Eine Mitterand-Regierung in Frankreich würde neue Möglichkeiten eröffnen, diesen Prozeß zu beschleunigen.



2. Die Frage der Mittelschichten

Eines der zentralen Probleme für die chilenischen Revolutionäre war das der Mittelschichten: zwischen Proletariat und Bourgeoisie stehend neigen sie im Prozeß der Zuspitzung des Klassenkampfs, der auch ihre Existenzgrundlagen bedroht, dazu, sich der Bourgeoisie zuzuwenden. Die traditionelle kommunistische Politik geht darauf aus, diese Mittelschichten zu „neutralisieren" — was das konkret heißt, hat die chilenische KP deutlich gezeigt: ökonomische und politische Zugeständnisse an **die** Mittelschichten, man versucht, sie zu kaufen, die Kommunisten versichern, sie wären nicht gegen die Mittelschichten, gegen die kleinen Gewerbetreibenden etc. Chile hat gezeigt, daß dieser Weg in die Niederlage führt: die Mittelschichten sind nicht zu kaufen — sie wissen genau, daß **auf dieser Ebene** von der Bourgeoisie **immer** mehr zu erwarten ist und so wenden sie sich trotz aller Zugeständnisse der herrschenden Klasse zu.

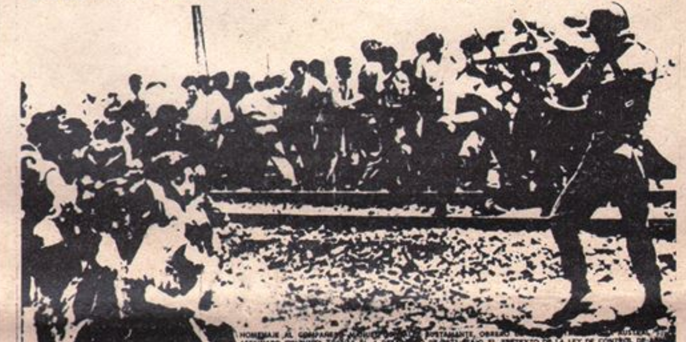
Eine Politik gegenüber den Mittelschichten muß anders konzipiert sein: **sie muß versuchen, das Lager der Bourgeoisie aufzureißen, indem sie auch das Lager der Mittelschichten aufreißt.** Die Forderungen und Interessen der Mittelschichten insgesamt aufzunehmen — das widerspricht völlig den Interessen der Arbeiterklasse, denn z. T. sind die Interessen jener feindlich gegenüber den Interessen der Arbeiter. Es kommt nicht darauf an, Zugeständnisse zu machen, es kommt darauf an, Forderungen und Kampfinhalte für **Teile** der Mittelschichten zu entwickeln, die auf gleicher Ebene mit den Interessen der Arbeiter stehen: nur das kann die materielle Basis dafür sein, daß Arbeiter und Teile der Mittelschichten einen gemeinsamen Kampf führen, daß Teile der Mittelschichten praktisch und ideologisch aus der Hegemonie der Herrschenden herausgerissen werden. Ein Beispiel: im Prozeß der Proletarisierung der französischen Bauern kommt es nicht darauf an, Forderungen auf der Basis der längst fiktiven Unabhängigkeit der Schicht der Bauern zu entwickeln. Es kommt darauf an, Forderungen und Inhalte zu entwickeln, die auf der Basis der gleichen **materiellen** Interessen von industriellem und ländlichem Proletariat stehen.

3. Die Frage der Armee und der Bewaffnung des Volkes

Dumm wäre die simple Feststellung, Chile habe gezeigt, ohne den bewaffneten Kampf gehe es eben doch nicht. Sicher hat das Chile gezeigt — aber es hat genauso gezeigt, daß es heute — angesichts des viel besser und perfekter als vor 50 Jahren organisierten Gewaltapparats — noch keine entwickelten politischen Vorstellungen davon gibt, wie der bewaffnete Kampf siegreich geführt werden kann. Diese Frage muß heute schon und sehr ernsthaft diskutiert und angegangen werden. Auf dem heutigen Stand läßt sich nur Bruchstückhaftes sagen — deswegen nur zwei Bemerkungen:

Chile hat zweifellos gezeigt, daß es unmöglich ist, durch propagandistische Arbeit in der Armee zu erreichen, daß sich diese im entscheidenden Moment spaltet und damit der Konterrevolution den Boden entzieht. Dennoch muß man von Anfang an versuchen, auch in der Armee möglichst große Teile auf die Seite des Volkes zu ziehen. Das wird nicht auf der Basis einer moralischen antikapitalistischen und antifaschistischen Agitation **allein** möglich sein, das wird möglich sein nur auf der Basis materieller Interessen der Mitglieder der Armee. So braucht man eine genaue Analyse der Widersprüche innerhalb der Kräfte der Repression, zwischen Offizier und Unteroffizier etc. Auf dieser Grundlage hat der scheinbar „demokratische" Kampf unmittelbar politische und materielle Bedeutung: die Fragen der Redefreiheit, der Versammlungsfreiheit, des Rechts der gewerkschaftlichen Organisierung; es geht darum, **innerhalb** der Armee Ebenen der Intervention zu entwickeln, die an ganz konkreten Interessen ansetzen (Lohn, Urlaub, Verpflegung, Ausbildungsterror . . .). Das ist die Methode, dazu beizutragen, daß die Geschlossenheit und Manövrierfähigkeit des Kolosses Repression untergraben und eingeschränkt wird.

Viele Revolutionäre neigen dazu, die Frage des bewaffneten Kampfs und des Siegs der Revolution isoliert als **militärische** Frage (die sie zweifellos auch ist) zu betrachten. Demgegenüber muß man aber sehen, daß die Frage des Siegs nur im Zusammenhang des internationalen Kampfes, des internationalen Kräfteverhältnisses — also auch auf einer politischen Ebene angegangen werden muß. Schon die russische Revolution ist ein Beispiel dafür: **militärisch** in einer hoffnungslosen Situation angesichts der multinationalen imperialistischen Bedrohung konnte sie dennoch siegen: einmal, weil das imperialistische System auf Grund des Krieges in einer zerrütteten und kaum aktionsfähigen Lage war; und zweitens (das hängt natürlich mit dem ersten zusammen), weil die imperialistischen Länder und ihre Armeen nicht so ohne weiteres in der Lage gewesen wären, einen Krieg gegen Rußland zu führen: die internationale und auch bewaffnete Solidarität der europäischen Arbeiterklasse hätte ihnen in den Rücken fallen können. Anders die chilenische Arbeiterklasse: sie war 1973 international und auch auf dem lateinamerikanischen Kontinent isoliert.





Soldat, laß dich nie mehr dazu verleiten!
Soldat, schieß nicht auf das Volk!
(Das Bild: Massaker in der Poblacion „Jose Maria Caro", 1962)

Sozialistisches Büro:

Das Pferd vom Schwanze aufgezäumt

Was einer über Chile sagt, das ist auch geprägt von den Vorstellungen, die er hat, und von dem, was er **hier** macht. Zwei der drei Beiträge des „Sozialistischen Büros" auf der Chile-Konferenz waren Beispiele dafür, daß die politische Linie dieser Gruppe klar, aber bewußtlos ihre Argumente zu Chile prägt, **daß die scheinbare Offenheit dieser Gruppe das Dogma einer beschlossenen und fest umrissenen Linie ist.**

Die Genossinnen und Genossen des „Sozialistischen Büros' hüten sich vor revolutionären Phrasen und haben eine realistische Einschätzung von Kräfteverhältnissen: das macht sie — z. T. mit Recht — sympathisch. Sie schwätzen nicht abstrakt von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, sie bezeichnen reale Probleme: die Bedeutung des internationalen Zusammenhangs des Kapitals; die — noch fehlende — Notwendigkeit des internationalen Kampfes; die Frage der Bündnispolitik, die in Chile in aller Schärfe praktisch aufgeworfen wurde, deren praktische Lösung aber erst in den Anfängen steckte; die Frage der umfassenden kapitalistischen Repressionsmaschine, gegen die man nicht mit ML-Sprüchen oder RAF-Praxis ankommt; die Fragen des Staates, der Bürokratie etc. — alles Fragen, die von großer Bedeutung sind und deren revolutionäre Lösung heute nirgends voll entwickelt ist. Alle diese Fragen haben eins gemeinsam: sie bestehen darauf, daß die revolutionäre Alternative nicht aus dem Nichts als Kraftakt entsteht, daß sie vielmehr mit einem mächtigen Konterapparat konfrontiert ist, sich langsam entwickelt und den massenhaften Bezug zur Ambivalenz des organisierten und mächtigen Reformismus (der auch der Reformismus der Massen ist) herstellen muß. Das ist alles richtig.

Falsch sind die Konsequenzen, die daraus gezogen werden. In Chile hat 1970 nicht der MIR die Macht übernommen, sondern ein reformistisches Parteienbündnis erreichte **eine** Machtposition im bürgerlichen Staat: dadurch wurde unter den chilenischen Massen ein revolutionärer Prozeß ausgelöst. Diese Regierung war zweifellos ein **Ausdruck** der wachsenden Macht der Massen und ein **Instrument**, um die Klassenkämpfe zu verschärfen; und sie war ständig vom Zugriff

Text eines ersten Flugblatts

...wer auf der Strecke bleibt

In der Nacht zum 21. Mai 1974 stürmen schwerbewaffnete Polizeieinheiten in München auf „Anarchistenjagd" fünf Wohnungen. In München-Schwabing sind es allein 60 Polizisten, der Taxifahrer Jendrian wird von der Spezialtruppe erschossen.

Gegen 3 Uhr nachts hört der ebenfalls dort wohnende Wolfgang Ghiman Krach an der Türe. Er geht zur Tür, macht Licht, öffnet vorsichtig einen Spalt. Im gleichen Augenblick wird durch die Tür geschossen, 5 cm über seinem Kopf geht die Kugel vorbei. Sein Glück: Er ist sehr klein, der schießende Polizist sehr groß, sonst wäre er der erste Tote. Bis hier her widerspricht auch die Staatsanwaltschaft nicht.

Ghiman flüchtet sich schreiend den langen Flur entlang. Weitere Schüsse schlagen durch die Tür in die Wand. Martialische Gestalten stürzen herein, Schaftstiefel, Blue Jeans, schwarze Kugelhemden, Helme mit Visier, das nur Schlitze für die Augen freiläßt, MPs. Der schlaftrunkene Taxifahrer Jendrians öffnet seine Zimmertüre, eine MP-Salve tötet ihn.

Soweit der einzige Tatzeuge, der nicht von der Polizei ist, Ghiman. Er macht diese Aussage vor den Anwälten und der Presse. Die Staatsanwaltschaft: Jendrian gab in schneller Reihenfolge zwei Schüsse aus seinem Kleinkalibergewehr ab und wurde daraufhin in Notwehr erschossen. Nach dem vorangegangenem Mordversuch an der Tür eine zweitrangige Frage, ob Jendrian sein KK-Gewehr benutzt hat, wenn nachts vermummte Gestalten in seiner Wohnung herumballern.

Interessant aber ist, mit welcher entwaffnenden Offenheit die Polizei zu verschleiern versucht, daß Jendrian mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geschossen hat. Ghiman wird von Staatsanwalt und Polizei zwölf Stunden lang verhört. Danach widerruft er seine vorher vor der Presse gemachte Aussage und behauptet jetzt, der „Staatsanwalt habe ihn überzeugt", daß Jendrian zweimal kurz hintereinander geschossen habe. Er ist ein aus Rumänien hier eingebürgerter Deutscher und hat Angst. Da man beim KK-Gewehr nach jedem Schuß repetieren muß, ist es unmöglich, damit kurz hintereinander zu schießen.

Die Polizei findet in der Wand, am Ende des Ganges zwei Einschußlöcher: das soll der Beweis sein, daß Jendrian geschossen hat. Dazu hätte er jedoch sein Zimmer verlassen müssen. Anstatt wie üblich, das ganze Mauerstück zur Untersuchung herauszunehmen, wird direkt an den Einschußlöchern herumgemeißelt. Gerade der Einschußwinkel aber entscheidet darüber, ob die Löcher von Polizistenkugeln stammen oder von Jendrian. Der Zeuge Ghiman wird aufgefordert, mit dem Finger in eins der Einschußlöcher zu langen, um so zu bestätigen, daß es nur von

Treppenhaus | Jendrians Zimmer

Alte Einschüsse | Flur | Einschüsse

Jendrian stammen könne. Er sagt sofort, daß die Beschaffenheit des Loches das Gegenteil aussagt. Daraufhin der Kriminale: er habe sich vertan, das sei ein Polizeieinschuß und bei dem anderen Loch könne man nichts mehr feststellen, er habe sich ‚vermeißelt'.

Hinzu kommt: Ein Freund Jendrians sagt aus, daß sie vor zwei Wochen auf eben diese Wand aus Spaß geschossen haben. Jendrian kann die Schüsse nur abgegeben haben, wenn er auf den Gang rausgekommen wäre. Blutspuren finden sich aber nur in seinem Zimmer. Von drei Kugeln getroffen, reißt er das Waschbecken in seinem Zimmer mit herunter. Die Polizei gibt an, Jendrian habe auf dem Bauch liegend das KK-Gewehr unter sich begraben. Ghiman sagt direkt nach der Tat, er habe auf dem Rücken in seinem Zimmer gelegen.

Die Kaltschnäuzigkeit dieser „Untersuchung" entspricht der der Aktion selbst. Jetzt wurde ein Flugblatt beschlagnahmt, die Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen und eine Buchhandlung durchsucht: Öffentlichkeit soll verhindert werden.

Gejagt wird Roland Otto. Er wurde wegen eines Banküberfalls zu vier Jahren verurteilt, zwei Drittel der Zeit hatte er schon hinter sich. Bei seinem dritten Urlaub Anfang Januar ging er nicht zurück. Das ist das einzige, was gegen diesen „gefährlichen" Anarchisten vorliegt. Hätten sie ihn gefaßt, wäre er lediglich für den Rest der Zeit wieder eingesessen. Ein neues Verfahren lag nicht vor. Mit Sicherheit haben sie ihn auch nach seinem Untertauchen beschattet. Offensichtlich war das für die Polizei unbefriedigend, schließlich ging er ihnen sogar verloren. Dann begannen sie, um sich zu schlagen: 11 Hausdurchsuchungen in drei Wochen, immer in voller Montur verkleidet und bis an die Zähne bewaffnet. Die Erfolglosigkeit wurde jedes Mal durch Berichte von gefundenen Waffenlagern verfälscht. Vorgelegte Beweise dafür: keine. Trotzdem wird die Verlobte Ottos in Untersuchungshaft genommen, streng isoliert als „gefährliche Anarchistin". Vorgelegte Beweise gegen sie: keine.

In der Nacht zum 22. Mai finden sie dann bei dem Bruder der Verlobten einen Brief, aus dem hervorgeht, daß Jendrian zufällig in eine Wohnung kam, in der sich ein Gesuchter aufgehalten haben soll.

Das war das Signal, noch in der gleichen Nacht loszuschlagen. Trotz vorherigen Hinweisen von Freunden, daß Jendrian die SPD zu links sei, er für die Bekämpfung des Politterrors sei, oder: daß man ihn am einfachsten über seinen Taxifunk heranrufen könne, werden in den Wind geschlagen.

Schüsse sollten fallen. Angekündigt waren sie ja schon und zur Verantwortung wird ohnehin keiner gezogen. Sagte Chefkriminaler Müller auf die Frage, wer denn nun geschossen habe: **„Wir wissen nicht, wer von den Kameraden geschossen hat und wir wollen es auch gar nicht wissen."**

Kriminaloberinspektor Hausmann eine Woche vorher zu einer Zeugin: **„Den Roland Otto kriegen wir in zwei Monaten sowieso . . . und wenn dann geschossen wird, ist wohl klar, wer auf der Strecke bleibt."**

Die TATSACHEN

KEIN ANARCHIST, sondern ein echter Schwabinger, der Mädchen, Autos und sein Bier liebte. So kennen die Freunde den 24jährigen Günter Jendrian AZ

Anarchisten-Jagd

Münchner Polizei erschoß Taxifahrer

Schwere Vorwürfe nach dem Tod des Münchner Taxifahrers

Schoß die Polizei zu schnell?

Wolfgang Ghiman: AZ

„Als gegen 3 Uhr mit Kolben gegen die Tür geschlagen wurde, versuchte ich zu öffnen. In diesem Moment schoß von außen jemand durch die Tür, fünf Zentimeter über meinem Kopf hinweg. Dann wurde die Tür aufgestoßen, und es sprang ein Mann im Stahlhelm herein, der zwei weitere Schüsse aus seiner MP abgab."

In dem Augenblick, als der Augenzeuge von der aufgestoßenen Tür gegen die Wand geschleudert wurde, muß Günter Jendrian seine Zimmertür geöffnet haben.

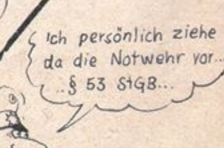
„Ich sah einen MP-Mann ins Zimmer hechten, es fiel ein Schuß, und dann hörte ich den Todesschrei von Calvados. Als ich in Handschellen, nur in Unterhose und Unterhemd abgeführt wurde, lag er auf dem Rücken ausgestreckt in seinem Zimmer."

Wir sprechen heute über den Einsatz und die Möglichkeiten der Schußwaffe. Nehmen Sie Platz.

Da gibt es zum Beispiel den – Hoppla! – unbeabsichtigt sich lösenden Schuß....





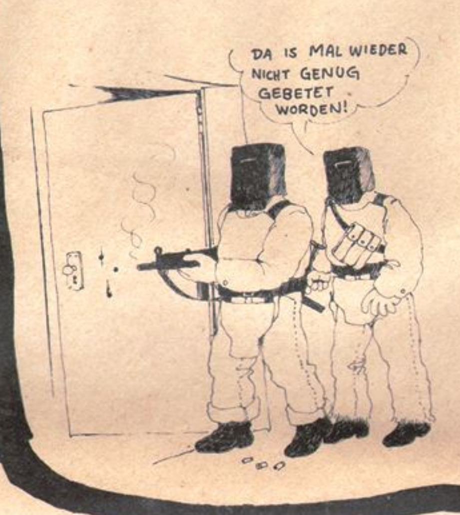


Satzfehlerkorrektur: Auf Seite 1 oben muß es heißen „Nr. 16 (Mai 1974" !!!

Wir sind ein Volk von Kriminellen !!!



Stuttgarter Pol. Präs. RAU nach der Erschiessung des Macleod auf die Frage, welche Konsequenzen er aus diesem Versagen zu ziehen gedenke: „Das läßt sich nicht vorausberechnen, da kann man nur noch beten."



Sei doch mal ehrlich, hast du nicht schon mal irgendwas gemacht, das gegen das Gesetz verstößt, 'ne Wurst geklaut, was geschmuggelt, besoffen gefahren, was Gefundenes nicht abgegeben, schwarzgefahren, Wechselgeld falsch herausgegeben oder sonstwas. Findest du die wilden Streiks nicht richtig, die Hausbesetzungen oder die Mietstreiks, die gelaufen sind. Viele Jugendliche klauen Autos, weil sie sich keins leisten können, und schließlich sind Bankraube an der Tagesordnung. Wer ist da nicht neidisch, wenn einer in einer Minute 30.000,– DM „verdient". Dafür mußt du dich mindestens zwei Jahre lang jeden Tag acht Stunden abrackern.

Die bestehenden Eigentumsverhältnisse der Reichen bestehen sowieso auf Betrug. Die Kapitalisten leben von unserer täglichen Arbeit, die Spekulanten, Makler und ähnliches Volk von unseren hohen Mieten usw.

Wer arbeitet, wird nie reich, nur wer betrügt. Wer arbeitet, hat also auch das Recht, die Betrüger zu betrügen, zu bestehlen, nicht seinen armen Nachtbarn, aber seinen reichen.

Wir sind alle kriminell! Das ist unser menschliches Recht. Die Realität: immer mehr brechen die Gesetze, wir respektieren das Eigentum nicht mehr, weil wir keins haben. Das einzige, was uns hindert, zu klauen oder was anderes zu machen, ist die Angst vor Strafe. Die Polizei erwischt aber prozentual immer weniger, nicht weil sie schlechter geworden ist, sondern weil wir mehr geworden sind.

Was tut der Staat, wenn sich die Leute nicht mehr freiwillig fügen? Das geht nur über einen ausgeklügelten Polizeiapparat und den hat Genscher und seine Genossen seit der SPD/FDP-Koalition wesentlich verbessert.

Es gibt zwei Linien: Die Bullen sind keine Leute vom Volk, sie werden verachtet, geschnitten, und im günstigsten Fall haben wir Angst vor ihnen. Es wird also versucht, den bürgernahen Polizisten aufzubauen, als sog. Blockwart in Siedlungen oder als pädagogischen Betreuer in Freizeitheimen. Das funktioniert nur sehr schlecht, weil wir nicht blöd sind.

Die andere Richtung ist die Bildung von sog. Antiterroreinheiten, z. B. das MEK (Mobiles Einsatzkommando), die darauf geschult

Am Freitag findet eine Demonstration statt.

Ein öffentliches Tribunal wird vorbereitet.

werden, bei bestimmten Einsätzen auch jemanden umzulegen, um damit die Staatsmacht zu demonstrieren.

Damit ein Scharfschütze auch wirklich einen anderen Menschen einfach umbringt, dazu muß man mit ihm was machen. Er hat zwar als Polizist seine Lorbeeren bereits verdient, hat immer gehorcht und nicht nachgedacht, aber er braucht für sein Gewissen eine Rechtfertigung, die ihm sein „Arbeitgeber" liefern muß. Er muß sich sagen können: du hast richtig gehandelt, das war gut so, dir wird auch nichts passieren, denn die Justiz deckt dich in jedem Fall. Die Rechtfertigung für den Scharfschützen liefert der Staatsapparat durch den Aufbau eines Buhmanns (Feindbild). Am besten eignen sich dazu „Anarchisten", „Baader-Meinhof" und sonstige Linke.

Uns wird das Feindbild über die Presse verkauft, um auch uns von der Rechtmäßigkeit des Bullenterrors zu überzeugen. Man versucht, uns klarzumachen, daß es Recht ist, einen „Anarchisten" (und das sind wir alle) einfach umzulegen. Wenn der Erschossene nun doch keiner ist und beim besten Willen keiner aus ihm zu machen ist, dann war es ein Unglücksfall oder Notwehr. **Wie im Falle Jendrian.**

Aber klar ist: Jendiran wurde vorsätzlich ermordet.


Polizist schoß auf Flüchtenden

Polizist schoß

Polizist erschoß Einbrecher

Polizist schoß in Notwehr

Schießender Polizist auf freien Fuß gesetzt

Im Sexladen erschossen

Irrtümlich erschossen

Polizist vermutete Waffe bei Mopedfahrer

Polizei schoß auf Verdächtige

In Notwehr gehandelt

Gefährlicher Irrtum bei Baader-Meinhof-Fahndung

Polizei schießt auf Touristen

Polizist schoß „aus Notwehr"

sollten die Klausuren ‚rausrücken' (wir waren leider zu trottelig, sie rechtzeitig einzukassieren!).

Es entspann sich eine ellenlange Diskussion über die Notwendigkeit der „Freien Wahl der Prüfungsbedingungen", in deren Verlauf der Rektor der Uni die Rolle des liberalen Prellbocks zu spielen versuchte. Klappte aber nicht. Nach langem Hin und Her wurden die Bullen gerufen, die dann auch –,nach (!) „Sicherung der Bewegungsfreiheit" der Profs – ca. 400 Studenten quer durch den Stauraum prügelten. Etliche von uns landeten im Krankenhaus, denn: der Polizeipräsident hatte selbst den Einsatz geleitet!

Die Wut war wirklich unheimlich groß.

Die K-Gruppen haben es aber geschafft, den heiligen Zorn und die schlagartige Einsicht in das Wesen der Leistungskontrolle zu kanalisieren. Eine ritualisierte Streikwoche und die zahmste, wenn auch größte (3 500 Leute) Demonstration in der Geschichte der Ruhruniversität Bochum waren das einzige Ergebnis. Ein kaum faßbarer Gegensatz klaffte zwischen der allgemeinen Wut der Leute (die die Uni VV's besuchten) und diesen Formen des bürgerlichen Protests.

Die Konfrontationslinie war endgültig klar! In Teach-ins und einer verspäteten Aktionswoche hatten wir versucht, unsere alternativen Bedürfnisse in puncto Kontrolle und Qualifikation zu artikulieren; Tribunale und praktische Gegenvorschläge wurden diskutiert und von der ML abgeblockt. Trotzdem gelang es, die ML-Strategie der organisierten demokratischen Passivität punktuell zu durchbrechen: Es wurden z. B. Uni-Feten gefeiert, in deren Verlauf das naheliegende Dekanat geknackt und „die Marx-Engels-Werk-Ausgabe" (Privateigentum des Polizeidekans Willms!) entwendet und unter die Leute verteilt wurde. Es gab ebenfalls untere Stufen der praktischen Intervention gegen einzelne Profs; so wurde die Frontscheibe des Privatautos von Voß rot lackiert, Knaller auf Willms geworfen, Ratten (in leblosem Zustand) an der Dekanatstür angebracht, Wände mit Sprüchen bemalt und auf diese Weise ca. 20.000,– DM Sachschaden angerichtet (wegen zweimaliger Überpinselung!).

Aber auch die Profs waren nicht untätig geblieben . . . Ein Typ namens Marquard wurde während der Ferien angeheuert. Er hat bloß eine Funktion: die Sowi-Statistikklausur durchzuführen. Und das tat er gewissenhaft. In den Ferien, wo sonst kaum einer mobilisiert ist, sollten 700 Mann, auf Zehnergruppen verteilt, brieflich eingeladen werden, um die Klausur zu schreiben. Wir hatten unsererseits auf einer Sowi-VV eine Informations- und Mobilisierungsstruktur beschlossen, um derartige Anschläge zu verhindern: Jeder sollte, sobald ihm der Einladungsbrief zugegangen und sein Klausurtermin bekannt war, diesen per Telefon der Fachschaft bekanntgeben, damit Information und Mobilisierung möglich würden. Unmittelbar nach dem ersten Anruf in der Fachschaft wurden unser und zehn weitere Fachschaftstelefone stillgelegt, um unsere Struktur zu zerstören. Dennoch wurde uns durch den blitzschnellen Aufbau einer alternativen Informationsstruktur über die ersten Termine bekannt und es erschienen zum ersten Termin immerhin fast 200 Studenten, um Marquards Plan zu durchkreuzen. Wir fanden einen mit Bolzen und Ketten abgeriegelten Klausursaal vor, in dessen Vorraum eine aus Hausmeistern und Popo aufgebaute Werkschutztruppe lungerte, die mit Walkie-Talkies und Fotoapparaten der Bewegung habhaft zu werden versuchte. (Ein weit verzweigtes Spitzelnetz existiert spätestens seit dem Bulleneinsatz und verfolgt jede Bewegung in Sachen Statistik.)

Während der ersten Woche gelang es uns, etwa 10 bis 15 Klausuren zu verhindern; hauptsächlich deshalb, weil zu jedem Termin nur ein bis zwei Schreibwillige erschienen, die nach Diskussionen und angesichts der Übermacht der Boykotteure wieder abzogen. Andererseits war aber auch klar, daß eine hinreichende Mobilisierung auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten war. Dieses Mal konnten wir leider nicht alle Namen der Klausurteilnehmer ergattern; die hatte nur der Klausurenspezi Marquard, der – während der Dienstzeit! – bei heruntergelassener Jalousie, meist hinter verschlossenen Türen residierte. Aber das Problem war nicht unlösbar! Am 19.4. betraten vier einheitlich ge-



kleidete und maskierte Gegner der kapitalistischen Qualifikation und der Leistungskontrolle das Zimmer des düsteren Typen und nahmen sich, was sie brauchten. Zwei Tage später tauchte bei etlichen Klausuraspiranten ein sehr offiziell aussehender Brief auf (Abteilungsbriefkopf, Unterschrift des Statistik-Schleifers), in dem die Klausuren während der Ferien abgesagt wurden – wegen der unübersehbaren Folgen des Überfalls. Offizielle Stellen behaupten, der Brief sei gefälscht; dies hat jedoch die Wirkung des Schriebs kaum beeinflußt: die Klausur war faktisch für längere Zeit ausgesetzt. Die Uni-Guerilla hatte zugeschlagen, wo auf der Massenebene nichts mehr zu machen war.

Die Prüfungsämter reagierten verschreckt: alle öffentlichen Dienststellen, die mit Prüfungsangelegenheiten beschäftigt sind, stellten bis auf weiteres den Publikumsverkehr ein. Ein weiterer Schritt in der Abschottung der Institution gegen die zum allgemeinen Feind deklarierten Studenten!

SS 74:

Aber die Konterstrategie läuft bereits an. Man verzichtet auf die Klausur: die 700 Betroffenen können eine Hausarbeit über ein frei gewähltes Thema schreiben, sofern sie sich einer mündlichen Prüfung unterziehen. Die „freie Wahl der Prüfungsbedingungen" ist durchgesetzt. Die Integration rollt. Alle Linken aus dem „Statistik-Aktiv" sind Tutoren geworden – ohne irgendwelche Qualifikationsnachweise, ohne irgend welche Auflagen (Lehrpläne etc.) und dabei relativ besser bezahlt als alle anderen Tutoren der Universität. Die Profs hoffen, auf diese Weise die Kontrolle über die Bewegung wiederzugewinnen. Sie sind sogar entschlossen, projektorientierte, integrierte Studienprogramme einzurichten, die dem einzelnen Studenten eine größere Identifikationsmöglichkeit mit seiner Arbeit (Qualifikation) bieten sollen („Treinen-Pläne"). Wie dieses Komplott einschlagen wird, kann noch nicht gesagt werden.

Erfahrungen und Konsequenzen

Der gesamte Aktionsverlauf war von zwei verschiedenen Problemkomplexen und entsprechenden Diskussionsprozessen begleitet. Auf der einen Seite standen die **unmittelbar aktionsbezogenen Schwierigkeiten.** Auf der anderen Seite die mehr **strategischen Diskussionen.** Der erste Komplex von Schwierigkeiten rankte sich um das zentrale Problem der Aufrechterhaltung der Boykottfront; an die Ausweitung des Konfliktes auf andere Abteilungen war vom Kräftepotential her kaum zu denken. Lediglich die Psychologen boykottierten ebenfalls ihre Statistik-Klausuren und übten punktuell praktische Solidarität. Die SoWi-Boykottfront hat sich – wie gezeigt – erhalten. Dafür gibt es ebenso gute Gründe wie für die Tatsache, daß sie sich nicht über die Abteilung hinaus verbreitet hat.

1. Der Konflikt entzündete sich an einer kompromißlosen Agitation für den garantierten Schein – ohne diese Intervention einer kleinen anti-institutionellen Gruppe wäre es bei den gewöhnlichen Formen der Unterordnung bzw. der individuellen Verweigerung (Abschreiben usw.) geblieben.
2. Die Kontinuität des Konflikts beruhte darauf, daß mehrere hundert Studenten existentiell und nicht bloß ideologisch von der Auseinandersetzung betroffen waren.
3. Die Radikalisierung der Auseinandersetzung war nur möglich, weil mit ihr der Nachweis geführt wurde, daß radikale Aktionen – sofern sie relativ risikolos für den einzelnen sind – mehr bringen als die reformistischen Geplänkel. Wir haben 600 Scheine („Qualifizierte Leistungsnachweise" fürs Mogeln ausgestellt bekommen! Man hat uns das BAFÖG zahlen müssen, obwohl obligatorische Scheine fehlten!
4. An entscheidenden Punkten der Eskalation ist es bisher immer wieder gelungen – durch Guerilla-Aktionen – die massenhafte Identifikation mit den durch den Konflikt ausgedrückten alternativen Bedürfnissen herzustellen.

Diese vier Punkte waren an anderen Abteilungen nicht oder nur teilweise erfüllt; daher rührt wohl die Tatsache, daß der Konflikt sich nicht auf der praktischen Ebene über die Abteilung VIII verbreitet hat, obwohl er durchaus die allgemeinen Bedürfnisse ausdrückte, die auch bei den SoWis der Motor des Ganzen waren: das Bedürfnis nach Arbeitsverweigerung im allgemeinen und nach Abbau der Kontrollen im besonderen.

In diesem Punkt war aber auch der zweite Problemkomplex eingeschlossen: „Weniger Arbeit – mehr Geld" und „Garantierter Lohn" und „Verweigerung der Arbeit". Das sind in den Augen der Studenten bestenfalls Parolen fürs künftige Berufsleben, die sie nicht unmittelbar auf die Ausbildungssituation beziehen. Dennoch ist die Übertragbarkeit der Parolen plausibel und notwendig. Plausibel, weil die Wissenschaftsorganisation der Arbeitsorganisation in der Fabrik sehr ähnelt (repetetive Teilarbeit, Zerlegung der kognitiven Fähigkeiten), weil alle „Privilegien" des Studiums sich bei näherem Hinsehen als ebenso viele Abhängigkeiten erweisen (BAFÖG, Scheinezwang etc.) . . .

Notwendig, weil die Existenz des Kapitalverhältnisses mehr denn je davon abhängt, daß die Universitäten reibungslos und billig die nachgefragten Qualifikationen in Form abgerichteter Studenten ausspucken; deshalb kann die Blockierung dieser Qualifikationsmaschinerie Universität den Zusammenbruch der Mehrwertpresserei in höherem Maße beschleunigen und damit den Arbeiterkampf unterstützen, als dies früher der Fall gewesen wäre.

Der Kampf gegedie Universität: gegen die Qualifikation, gegen die Leistungs**kontrolle,** für garantiertes BAFÖG – das alles ist notwenig, um das abstrakte Gerede von der „Ausbildung im Dienste des Volkes" u. ä. zu überwinden und den Arbeiterkampf unmittelbar und praktisch zu unterstützen.

Dies aber ist gleichzeitig auch die entscheidende Klippe in der Entfaltung der Kämpfe: Wer die Unterordnung der Qualifikation unter die Kontrollen ablehnt, den trifft der Zorn der Kapitalisten; er riskiert zumindest seine Berufsperspektive. Deshalb wird an dieser Stelle oft und gerne die Frage nach der alternativen Verwendbarkeit von Qualifikation diskutiert (z. B. „Statistik braucht man doch auch im Sozialismus!"), um sich vor einer radikalen Opposition gegenüber der Weiterexistenz des Kapitalverhältnisses zu drücken. Das Problem ist allerdings nicht, ob die Qualifikation alternativ verwendbar ist oder nicht, sondern ob die Qualifikation zur Erhaltung des Systems angewandt wird oder zur Zerstörung desselben. Im zweiten Fall ist der Kampf gegen die Kontrolle die Voraussetzung jeder weiteren revolutionären Fragestellungund Handlungsalternative. Das ist der Grund, aus dem wir uns in diesem Artikel hauptsächlich auf den Kampf gegen die Leistungskontrolle bezogen haben und nicht auf die Fragen der Berufsperspektive oder der „Qualifikation". Wir ziehen aus dem Statistik-Konflikt deshalb zunächst folgende Konsequenzen:

1. Es existiert an der RUB (und wohl auch anderen Unis) kein (publizistisches) Organ, in dem sich **autonome** Kämpfe artikulieren können. Die Existenz einer Front gegen **Leistungskontrolle** (Prüfungen, Hausarbeiten etc.), **Rationalisierung** des Lehrbetriebs (Vorlesung vom Tonband, Massenseminare etc.) und **Qualifikation** (Vermittlung von Arbeits- bzw. Polizeiwissenschaft in verschiedenen Varianten) bleibt auf diese Weise eine vielen unbekannte Wirklichkeit. Die Diskussion von Erfahrungen, die Verbreitung von Information und die praktische Intervention könnte weitaus besser geleistet werden, wenn es ein solches Organ gäbe, das von den Studenten, die den täglichen Kleinkrieg führen, selbst geschrieben würde. Wir werden ein solches Organ schaffen – über die einzelne Uni hinaus/über die Unis hinaus.
2. Es existiert bislang keine Analyse der Entwicklung der Wissenschaftsorganisation und der Qualifikationsformen in den letzten Jahren. Die „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft" mußte nicht zuletzt aus diesem Grundeyeine recht farblose und dogmatische Angelegenheit; die praktische Intervention konzeptionslos bzw. voluntaristisch bleiben. Wir werden diese Analyse leisten müssen, weil es uns sonst kaum gelingen wird, die Interventionspunkte zur Zerstörung des kapitalistischen Qualifikationsplanes optimal zu bestimmen und damit das alternative Qualifikationsbedürfnis auf relevanten Ebenen artikulationsfähig zu machen.

Tun wir das nicht, so wird die Richtigkeit der militanten Intervention nur bruchstückhaft vermittelt werden können; es kommt aber heute mehr denn je darauf an, die gesamte Ausbildungsfabrik ihrer Funktion zu berauben – und deshalb muß sie total angegriffen werden.

Aneignen heißt zerstören!

Die Erfahrungen in diesem Kampf haben gezeigt, daß bei dem bereits erreichten Stand der inner- und außeruniversitären Repression die Massenbewegung stagniert, wenn es nicht gelingt, sie durch eine Guerilla-Taktik der militanten Intervention zu unterstützen.

Diese Uni-Guerilla existiert offensichtlich schon ansatzweise – sie muß stärker werden, wenn der Widerstand nicht zerschlagen werden soll.

Die hier genannten Handlungsmöglichkeiten ergeben sich aus der praktischen Erfahrung, daß die Uni eine Fabrik und die Qualifikation eine zerstörerische Waffe ist, die über die Uni hinaus – und gerade dort! – wirksam ist. **Erst im Prozeß ihrer Zerstörung ist die Alternative formulierbar;** jede andere Strategie muß in Konzeptionsfetischismus und Verwaltungsattitüde ausarten – zwei Aspekte, die den Kampf nicht entfalten, sondern verwalten und ersticken werden.

Proletarische Front

Wir müssen diskutieren lernen!
Fragen über Strategie und Praxis der revolutionären Linken

Den Beitrag des RK in der WWA Nr. 12 „Wenn der Genscher es so will ..." durchzieht die Aussage, daß es Klassenkampf gibt, der von Ansätzen von Arbeiterbewegung geführt wird. Diese Bewegung trete immer deutlicher seit den wilden Streiks 1969 hervor. Wir meinen, daß der Umstand alleine, daß diese Streiks teilweise unabhängig und tatsächlich gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik gerichtet waren, nicht ausreicht, um sie als Ansätze von Klassenkämpfen zu bestimmen. Wesentliches Merkmal von Klassenkampf ist die Artikulation von Klassenbewußtsein. Inhaltlich bestimmt sich das durch die Auseinandersetzung mit der Gesamtheit einer geschichtlichen Situation. „. . . Wenn eine geschichtliche Situation gegeben ist, in der die richtige Erkenntnis der Gesellschaft für eine Klasse zur unmittelbaren Bedingung ihrer Selbstbehauptung im Kampfe wird; wenn für diese Klasse ihre Selbsterkenntnis zugleich eine richtige Erkenntnis der ganzen Gesellschaft bedeutet; wenn demzufolge für eine solche Erkenntnis diese Klasse zugleich Subjekt und Objekt der Erkenntnis ist und auf diese Weise die Theorie unmittelbar unadäquat in den Umwälzungsprozeß der Gesellschaft eingreift: wird die Einheit von Theorie und Praxis, die Voraussetzung der revolutionären Funktion der Theorie möglich." (Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein) Wesentlich wäre zu die aktuelle Form der Herrschaft des Kapitals durch die Bourgeoisie, die zur Befriedigung von Bedürfnissen zur Verfügung stehenden Mittel, der Stand der Produktivkräfte und die Bestimmung des Klasseninteresses der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital sind transnational organisiert. Sie ergeben sich aus der internationalen Organisation der multinationalen Konzerne und der ausgedehnten Zusammenarbeit nationaler Regierungen beim Aufbau und Einsatz militärischer und polizeilicher Repressionsapparate. Die von den multinationalen Konzernen produzierte Olkrise und die Unterstützung der Portugiesen durch die Nato–Staaten bei der Unterdrückung der Gebiete Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaus machen das deutlich. Das Bewußtsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten muß deshalb internationalistisch sein. Die Diskussionen im Zusammenhang mit der „Ölkrise" und die Verhandlungen verschiedener nationaler Regierungen mit dem mörderischen Schweinehund Pahlewi machen zwei Dinge deutlich: die materiellem Ressourcen der Erde sind begrenzt und die globale Arbeitsteilung muß verändert werden. Das Kapital wird diese Probleme für die Menschen nicht befriedigend lösen. Sind die Lösungsversuche bestimmt vom Interesse der Mehrwertproduktion, werden Hunger, Krankheit und Krieg unausweichlich die Folgen sein. Heute hungern Millionen von Menschen in Afrika, Indien u. Lateinamerika, fallen ebenso viele Seuchen zum Opfer oder werden verheizt in imperialistischen Kriegen (Persien, Irak, Nahost, Vietnam, Chile usw.): bestimmt vom verselbständigten Interesse an Kapitalakkumulation. Gelöst werden können diese Probleme befriedigend nur, wenn sie von den Völkern im Interesse selbstbestimmenden Lebens gemeinsam angegangen werden.

Der faschistische Putsch in Chile hat darüber hinaus deutlich gemacht, daß ein multinationaler Konzern wie ITT durch ein Land und in nur einem Land nicht geschlagen werden kann. Wir gehen deshalb davon aus, daß das Klassenbewußtsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten notwendig ein internationalistisches sein muß, und daß es gilt, dieses Bewußtsein in der konkreten Arbeit zu entwickeln. Die Bandgeschwindigkeiten bei Opel sind vollkommen nur im Zusammenhang der globalen Konkurrenzsituation, wie sie für General Motors besteht, zu begreifen und nur im globalen Zusammenhang werden Bänder abgeschafft werden können, wenn wir das wollen. Die weitere Bestimmung von Klassenbewußtsein müßte sich an Fragen orientieren wie etwa : wie wollen wir die Produktion gestalten, was soll produziert werden, ist weitestgehende Automation ein erreichbares und sinnvolles Ziel, wie wollen wir wohnen, wie sieht es mit der Erziehung unserer Kinder aus, was müssen wir am bestehenden Rollenverhalten verändern usw. Sind das Fragen, die in den Ansätzen von ARbeiterbewegung, wie sie von den RK-Genossen festgestellt werden, problematisiert werden?

In einer der letzten WWA sprach die Proletarische Front Bremen, die Organisation der Repression in den Betrieben an. Diese Ausführungen und die vermittelten Erfahrungen Chiles, die sich überall und in jeder Zeit bestätigen lassen, machen klar, ohne bewaffneten Kampf, ohne militärische Organisation wird es nicht gelingen, das Kapital zu schlagen. Der bewaffnete Kampf in der BRD ist aktuell. Diese Notwendigkeit sehen wir und seine Praxis z. B. im weltweiten Kampf gegen ITT (in der BRD Anschläge in Berlin und Nürnberg) oder in den Aktionen der RAF zu erkennen, gehören zusammen. Zu diskutieren wären neu seine Organisation und politische Inhalte im Zusammenhang mit Betriebsarbeit, Häuserkampf und die Bekämpfung der Faschisten.

In der Diskussion dieser Fragen wäre zu sehen, ob wir uns tatsächlich in der Situation des gemeinsamen Kampfes befinden, also nicht mehr von außen etwas für die Arbeiter entwickeln wollen. Damit sagen wir nicht, daß wir (die studentische Linke) erwiesenermaßen Revolutionäre wären und es nur noch darum ginge, festzustellen, ob es die Arbeiter auch schon sind. In den Ansätzen von Arbeiterbewegung ergeben sich für die revolutionäre Linke insgesamt neue Fragen von Strategie und Organisation. Das wird einfach behauptet. Wir halten es für notwendig , daß die RK-Genossen diese Fragen aus ihren praktischen Erfahrungen heraus konkret entwickeln und darstellen. Die übrigen Betriebsgruppen, besonders halt die, die an der WWA mitarbeiten, sollten die Darstellungen des RK mit ihren eigenen Erfahrungen öffentlich konfrontieren. Darin sehen wir einen ersten Schritt der anzustrebenden Vereinheitlichung. Es geht darum, daß wir dahin kommen, die revolutionäre Linke als eine tatsächliche Einheit zu begreifen, trotz der kontroversen Unterschiede und diversen Ansätze. Dazu ist es notwendig, daß wir unsere Arbeit aufeinander beziehen, als eine, die mit der der anderen etwas zu tun hat, daß wir einander ergänzen und von einander lernen können.

Wir gehen davon aus, daß der Arbeit der Betriebsgruppen eine zentrale Bedeutung zukommt. Einfach aus der Überlegung heraus, daß gesellschaftliche Macht letztlich aus der Verfügung über die Produktionsmittel resultiert. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche ergibt sich allgemein aus dem allumfassenden Charakter von Ausbeutung und Unterdrückung. Die konkreten Formen der Zusammenarbeit sehen wir erst einmal darin, daß wir die räumliche Trennung der Gruppen dazu benützen können, breitere Propaganda- und Agitationsarbeit zu leisten. Der Kampf gegen Spekulation und um die Häuser Bockenheimer Land/Schuhmannstr., die Räumung und die Samstag-Demo gingen bundesweit durch die Presse. Selbst so eine Klitsche wie die „Brucksaler Rundschau" brachte einen großen Artikel auf der ersten Seite. Der Artikel war schweinisch und faschistisch. Da zu agitieren wäre sinnvoll gewesen. Dort wo die „Parteien" vertreten sind, griffen sie den Kampf als ihren Kampf auf. Selbst der Alt-Genosse Emil Carlebach von der KDKP mußte in der „TAT" seinen sehr gespaltenen Senf dazu geben. Eine bundesweite, einheitliche Agitation in Zusammenhang mit eigenen Ansätzen von Arbeit wäre das Beste gewesen. Dafür gibt es aber Voraussetzungen, die noch zu schaffen sind. In diesem Zusammenhang begreifen wir unseren Beitrag.

Genossen aus Heidelberg

Leserbrief

Antwort

Wir fangen erst an!

Die Genossen aus Heidelberg benennen in ihrem Beitrag einige zentrale Punkte, die bisher in der WWA (wie insgesamt in der spontaneistischen Linken) nicht oder nur bruchstückhaft und voneinander isoliert diskutiert wurden. Es sind – allgemein gesagt – die Fragen einer revolutionären Strategie, die nicht aus den Büchern, sondern der wirklichen Verarbeitung der internationalen Klassenrealität und der ersten organisierten Versuche von Intervention hier entstehen. Wir meinen, es ist nicht zufällig oder schuldhaft, daß dieser politische Reflexionsprozeß so spät und so schwer einsetzt: erst auf dem Hintergrund einer veränderten und verschärften Klassensituation hier entstand für die Revolutionäre, die sich das Programm nicht aus der Vergangenheit liefern ließen, die Möglichkeit und Notwendigkeit, diesen Prozeß einzuleiten und die eigene Praxis in diesem objektiven Zusammenhang zu reflektieren. Dies mit voranzutreiben – darin sehen wir eine wesentliche Aufgabe dieser Zeitung. Nun gibt es aber zuviele Erfahrungen darin, daß die politische Theorie und Strategie nicht aus, sondern neben der Klassenrealität und über die Köpfe der Gruppen und Genossen und ihre Praxis hinweg entstanden sind und überflüssige und zukunftslose Organisationen geschaffen hat. Deswegen sind wir der Meinung, daß es heute unmöglich ist, die Fragen, die ihr z. T. appellartig und postulativ stellt, auf dieser Ebene zu beantworten. Vielmehr kommt es darauf an, in dieser Zeitung in Zukunft einen lebendigen Diskussionsprozeß zu **organisieren,** in dem beides zusammengebracht werden kann: die strategischen Fragen einer revolutionären Bewegung (die sich vielen praktisch arbeitenden Gruppen erst allmählich stellen und die sich den studentischen Genossen großenteils nur abstrakt stellen) und die vielen verstreuten Ansätze praktischer Arbeit und Intervention.

Ein Beispiel: Die Heidelberger Genossen haben recht, wenn sie schreiben: „Wir gehen . . . davon aus, daß das Klassenbewußtsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten notwendig ein internationalistisches sein muß, und daß es gilt, dieses Bewußtsein in der konkreten Arbeit zu entwickeln." Dieses internationalistische Bewußtsein ist heute unter der Arbeiterklasse der BRD nur schwach entwickelt – so gab es wohl nirgends Solidaritätsaktionen für die chilenischen Arbeiter und Bauern, lediglich (und das ist aber ungeheuer wichtig!) einige Solidaritätsresolutionen und -geldsammlungen. Die Heidelberger meinen mehr: das Bewußtsein von der internationalen Organisierung des Kapitals und von der Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes – was auch die entschiedene praktische Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt einschließen würde. Es gab und gibt viele Versuche (weniger von uns, mehr von den ML-Organisationen), dieses Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen: es waren **propagandistische** Versuche, die von außen kamen; es waren Versuche, die den Weg des vernunftmäßigen und auch moralischen oder objektivistischen Appells beschritten, die aber die Notwendigkeit von kämpferischem Internationalismus **nicht auf der Basis vorhandener konkreter materieller Interessen der Arbeiterklasse hier entwickeln konnten.** Solche Versuche sind nicht falsch und sie sind auf einer bestimmten Ebene auch notwendig und brauchbar: die Betriebsagitation des Berliner Chile-Komitees ist ein Beispiel dafür. Es gibt aber eine andere Ebene, auf der der proletarische Internationalismus heute eine praktische und materiellen Chance hat: in der Multinationalität der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe. Hier wird das Moment der internationalen Organisation des Kapitals und damit der Notwendigkeit des internationalen Kampfes nicht von außen herangetragen – hier wird es vom Kapital selbst produziert, in die ganze Organisation der Fabriken hineingetragen, zum praktischen, materiellen und ständigen Problem der Arbeiter. Hier liegt ein aussichtsreicher Ansatzpunkt für internationalistische Agitation und Arbeit: gegen die Spaltung, gegen den Rassismus, für die kämpferische Einheit des europäischen Proletariats! Analysiert man die Streikwelle des letzten Jahres bis hin zum Metzeler-Streik im April dieses Jahres, dann gewinnt man konkretes Material, an dem man auch eine Antwort auf eure Frage finden kann, ob man in der BRD von Klassenkampf sprechen kann oder nicht. Im Zusammenhang dieser Diskussion müssen allerdings, wie ihr sagt, die praktischen Erfahrungen der Gruppen der WWA eingebracht werden.

RK Redaktionskollektiv

Seminar über die Krise

15.–17. Juni in München

In zunehmendem Maße tritt auch bei Teilen der Sponti-Linken die Gewißheit auf, daß sich revolutionäre Politik nicht ausschließlich aus der unmittelbaren Praxis in dieser oder jener Fabrik, in diesem oder jenem Stadtteil ableiten läßt, sondern daß sich die direkten Aktivitäten und Erfahrungen einbetten in eine allgemeine Einschätzung des Arbeiterkampfes und seiner Entwicklungstendenzen. Diese Einsicht mußte spätestens nach dem „heißen Sommer '73" an Boden gewinnen, als klar wurde, welche Eigenständigkeit der organisierte Widerstand des multinationalen Massenarbeiters erreichen konnte. Weniger die eigene Geschichte als „Spontis", sondern die letzten Höhepunkte des Klassenkampfes in Deutschland und Europa werden uns die Inhalte, Aktions- und Organisationsmöglichkeiten vorschreiben. Damit soll nicht die konkrete politische Arbeit, etwa das Konzept „Genossen in den Betrieb", in Frage gestellt werden. Es genügt aber nicht mehr, unsere Politik zu begründen mit „sinnlicher Erfahrung", unmittelbarem kollektivem Erlebnis, langfristiger Abteilungsarbeit, Taktieren in der Gewerkschaftsopposition, sondern es geht darum, durch eine Einschätzung der realen Klassenbewegungen zu strategischen Grundaussagen zu kommen.

Der Horror, den die Spontis vor allgemeinen Aussagen haben und der in engem Zusammenhang mit der Dogmatisierungsgeschichte der Studentenbewegung (= MLer) steht, führt zu zwei Positionen: Einmal die allgemeinste, die es gibt: „Alles ist dieselbe Scheiße" – ob Gewerkschaft, Jusos, Kapis, Bullen usw. Konsequenz: „Wir bekämpfen alles" – über Schwerpunkte im Kampf wird nicht mehr diskutiert. Zum anderen die konkreteste Position, die es gibt: „Nur meine unmittelbaren Bedürfnisse sind revolutionär." Konsequenz: „Ich kämpfe nur dort, wo ich direkt betroffen bin" – also in meiner Abteilung, in meiner Wohnung, in meinem Stadtteil. Sowohl die abstrakte Aussage „Alles ist Scheiße" als auch die konkrete Begründung von Politik aus den Bedürfnissen sind wichtige Elemente. So schützt die erste vor dem Reformismus, die zweite bezieht die eigene Existenz in den revolutionären Prozeß mit ein. Beiden Haltungen fehlt aber das, was revolutionäre Politik letztendlich ausmacht: nämlich: die Fähigkeit, die Klassenkämpfe zu beurteilen und aus solchen Urteilen heraus in den Kämpfen Einfluß zu gewinnen. Wer immer behauptet, Analysen über die Klassenwidersprüche seien zu allgemein – der kommt nicht darum herum, daß der Kampf gegen die Arbeiter sehr wohl allgemein geführt wird: so trifft die Inflation nicht nur den Arbeiter Y und den Sponti X, sondern die Klasse in ihrer Allgemeinheit. (Durch diese Tatsache ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß allen Exponenten dieses allgemeinen Angriffs gegen die Arbeiter im gegebenen Fall konkret die Fresse poliert wird.)

Um nun endlich zu unserem eigentlichen Anliegen zu kommen: Wer heute revolutionäre Politik betreibt, muß sich Gedanken machen über die **Krise**, denn sie ist das Feld, in dem sich die Klassenkämpfe abspielen, oder sie ist sogar, wie das einige Italiener behaupten, die allgemeine Form des Klassenkampfs selbst? – Uns scheint das Thema so wichtig, daß wir mit interessierteGenossen aus den WWA-Gruppen ein Krisenseminar organisieren wollen mit starker internationaler Beteiligung – einfach, weil es nichts Internationaleres gibt als die Krise.

Im folgenden sollen ganz komprimiert die Themenkreise genannt werden, über die wir auf dem Seminar reden wollen. Grob lassen sich vier Hauptgesichtspunkte herausschälen, die natürlich in engem Zusammenhang miteinander stehen. Dabei beziehen wir uns auf die Diskussionen der operaistischen Linken in Europa, also auf diejenigen Genossen, die in ihren theoretischen Einschätzungen immer versucht haben, den Arbeiterstandpunkt zu vertreten:

1. Krise und Arbeiterkampf

Unter den Marxisten aller Schattierungen ist es üblich, die Krise als einen Widerspruch zwischen Überproduktion und mangelnder Nachfrage zu interpretieren. Die Kapitalisten können ihre Waren nicht mehr absetzen, deswegen stoppen sie die Investitionen, es kommt zu Massenentlassungen, Kaufkraftschwund usw. Diese rein ökonomische Erklärung der Krise ist in der deutschen (!) Linken bis hin zu den Spontis so weit verbreitet, daß nur sehr wenige Genossen bisher die Behauptung aufgestellt haben, die Krise stehe in engem Zusammenhang mit den Arbeiterkämpfen der letzten zehn Jahre. Waren die unzähligen Streiks, das massenhafte Krankfeiern, die Sabotage, die zahllosen Formen von Arbeitsverweigerung die Ursache vom Fall der Investitionsfreudigkeit und der Profitrate? Standen also die Arbeiterkämpfe am Anfang der Krise? Wenn wir diese Frage bejahen, dann meinen wir damit nicht, daß jetzt die Arbeiter überall Herr ihrer Lage wären. Wir wollen vielmehr damit zum Ausdruck bringen, daß die Krise weder ein abstraktes ökonomisches Gesetz noch ausschließlich ein Mittel der Konterrevolution ist, um die Arbeiter wieder gefügig zu machen. (Das ist der zweite Gesichtspunkt, unter dem die Krise hier in Deutschland diskutiert wird.) Sie ist ebenso ein Mittel der Revolution – wie sonst werden die Arbeiter die Macht gewinnen, wenn sie nicht das ganze System in Krise versetzen?

Das Machtverhältnis zwischen Proletariat und Kapitalisten ist an einen entscheidenden Punkt angelangt: die Kapitalisten haben die Krise aufgegriffen und setzen sie massiv gegen die Arbeiter ein: galoppierende Inflation, Entlassungen, Kurzarbeit, Erhöhung der Normen, Ausländerstopp. Aber auf der anderen Seite lassen sich die Arbeiter offensichtlich nicht so leicht in die Knie zwingen. Es ist schon mehr als verwunderlich, wie hart nach dem ganzen Krisenterror weitergekämpft wird: in England bei den Bergarbeitern, in Deutschland sogar durch die Gewerkschaften, bei Fiat in Italien. Doch England wiederum zeigt uns auch, wie schnell ein harter und eindeutiger Kampf von einer reformistischen Regierung abgewürgt und befriedet werden kann.

2. Krise und Reformismus

In Deutschland kommt mit der Krise der Reformismus zur Macht. Das hat verschiedene Ursachen. Von Unternehmerseite soll er den außer Kontrolle geratenen Arbeiterwiderstand wieder zähmen. Für die Arbeiter ist er, wie es scheint, im Augenblick immer noch die „bessere" Alternative. Sie entscheiden sich bei der Wahl für die SPD, lassen sich aber in ihren Kämpfen nicht behindern. Hineingeworfen zwischen Arbeiterkampf und Unternehmerstrategie ist der SPD-Reformismus in sich selbst zerrissen und widersprüchlich. Er vereinigt sozialdemokratische Traditionalisten mit humanistischer Ideologie (Brandt), kaltschnäuzige Technokraten des Planstaates (Schmidt) und machtlose Utopisten (Jusos); er kann seine Reformversprechen gegenüber den Massen nicht einmal annähernd erfüllen und ist andererseits nicht mal in der Lage, in seinem eigenen Apparat für Frieden zu sorgen (siehe ÖTV-Streik); die Vollbeschäftigung erkauft er sich mit der Rotation der Ausländer; in der Ehegesetzgebung und bei der Abtreibungsdiskussion gibt er sich liberal und fortschrittlich, baut aber gleichzeitig einen hochtechnisierten brutalen Polizeiapparat auf; er stärkt seine Juniorpartner, die Gewerkschaften, wird aber sogar von denen in peinliche Situationen gebracht. Gemeinsam vereint sind beide wieder im Kampf gegen jede Form der Arbeiterautonomie. Dieser Reformismus hat in der Person von Schmidt seinen rechtesten Exponenten an die Macht gebracht – mit ihm werden die Kapitalisten bis zu den nächsten Wahlen die wichtigsten politischen Entscheidungen fällen und nicht mit einem Rechtskartell unter Strauß und mit Beteiligung der NPD. Die Faschismusproblematik steht zumindest hier in Deutschland nicht im Zentrum unserer politischen Diskussion.





3. Krise und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse

Repressiver Reformismus oder Rechtsparteien – die Kapitalisten können im gegebenen Fall auf beiden Ebenen strategisch und taktisch aufbauen. Unabhängig davon liegen ihre entscheidensten und einschneidensten Kampfinstrumente unterhalb der „politischen Arena": wir finden sie in der Einführung neuer Technologie und der Verlagerung ganzer Produktionsstätten ins Ausland, die beide zu wesentlichen Umstrukturierungen in der Arbeitskraft führen können. Schon Marx hat darauf hingewiesen, daß in der Krise eine umfassende Neuordnung der Produktionsverhältnisse in der Fabrik durch die Kapitalisten eingeleitet wird, wenn der Arbeiterkampf einen zu großen Druck auf die Profitrate ausübt. Wird die Automobilindustrie ihre Massenproduktion noch mehr einschränken und gleichzeitig auch die Situation an den Bändern verbessern – einfach weil die Sabotage, das Krankfeiern, die zahllosen Streiks die ungeheure Hetze vom Profitgesichtspunkt nicht mehr rechtfertigen? Als Beispiel für den „Widerstand gegen Wirtschaftskonzentration" fordert Biedenkopf (Generalsekretär der CDU): „ . . . die Möglichkeit, das Fließband zugunsten selbständiger Arbeitsgruppen abzuschaffen. Dies sei ein emanzipatorischer Prozeß" (FAZ 10. 5. 1974). Es gibt Genossen, die die möglichen Umstrukturierungen für so entscheidend halten, daß sie die Frage stellen: „Ist die Ära des Massenarbeiters zu Ende?" Oder werden Siemens, VW, die optische Industrie in Zukunft in der Dritten Welt oder im Ostblock investieren? Einfach, weil dort die Löhne niedriger und die Arbeitskräfte disziplinierter sind. VW führte Gespräche in Rumänien, in denen tatsächlich zur Diskussion stand, „ob die gesamte (!) Käferproduktion dorthin verlagert werden sollte".



4. Die Krise und die internationalen Widersprüche

Nun darf natürlich nicht vergessen werden, in welchem Zusammenhang das seit Mitte der 60er Jahre schwelende Krisenproblem erst bei der großen „Öffentlichkeit" und auch bei uns aktuell wurde, nämlich als Öl- oder Energiekrise. Viele neue Informationen zeigen heute, daß wir im Herbst viel zu ausschließlich den einen Aspekt – nämlich die Ausnutzung der Energiekrise, um den Klassenkampf im eigenen Land zu bremsen – betont haben. Es steckt doch einiges mehr dahinter: die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa um Weltmarktpositionen, die ungeheure Macht der Multis und ihre Strategie, die gesamte zukünftige Energieproduktion (Erdgas, Atom) unter wirtschaftliche und politische Kontrolle zu bekommen. Welche Entwicklung zeichnet sich hier ab und welche Rolle ist dabei den erdölproduzierenden Ländern zugedacht?

Nachdem wir die vier Hauptdiskussionsthemen genannt haben, kommen wir wieder auf den ersten Punkt zurück, nämlich auf den Zusammenhang von Krise und Arbeiterkampf. Jetzt ist aber zu fragen, welche strategischen Hauptlinien zeichnen sich für den **revolutionären Kampf** ab? Ausgehend von der Arbeiterautonomie wird sich die Diskussion zwischen den beiden Polen abspielen: Verbindung mit dem linken Reformismus, wenn auch unter taktischem Gesichtspunkt, auf der einen Seite – sowie „bewaffnete Arbeitermacht" bis hin zur „militärischen Unterstützung der Arbeiterautonomie" auf der anderen. Diskussionen in RK (Revolutionärer Kampf) lassen vermuten, daß es zwischen beiden Polen eine Synthese gibt. Aber wir wollen und können nicht die spannenden Ergebnisse des Seminars vorwegnehmen.

Ort: München Zeitpunkt: 15.–17. 7. 1974
Teilnahme und Teilnehmer:

Auf dem Seminar soll theoretisch diskutiert werden – aber allen Beteiligten ist bekannt, daß die praktischen Konsequenzen aus den Analysen einen entscheidenden Schwerpunkt bilden. Wie wir die Diskussion elegant zwischen den beiden Riffen Praxis und Theorie durchschiffen, wird die erste schwierige Aufgabe sein. Die zweite besteht darin, daß die vertretenen Gruppen zum Thema sehr viel unterschiedliche Auffassungen haben, obgleich sie alle vereint, von einem operaistischen Standpunkt aus argumentieren. Wir wollen nicht, daß sie das Seminar zu einer Arena ihres Hauskrachs machen oder es auch nur propagandistisch benutzen. Neben Gruppen sind mehrere Individuen eingeladen, die zum Thema was zu sagen haben. Von den Gruppen kommen wahrscheinlich Genossen von „Big Flame" (England), Klassenkampf (Schweiz), Lotta Continua, Internationale Korresponte nje (Holland).

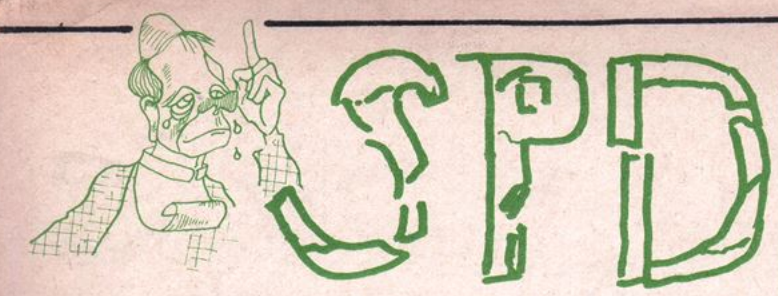


Vorbereitung:

Zur Vorbereitung verschicken wir eine Mappe mit mehreren Thesen und Aufsätzen zum Krisenproblem, die in den Gruppen andiskutiert werden können. Bisher liegen vor: ein Aufsatz von Sergio Bologna zum Verhältnis USA – Europa – erdölproduzierende Länder; Thesen der Gruppe Klassenkampf: Von der Krise zur bewaffneten Arbeitermultinationalen; wahrscheinlich besondere Thesen zu England und Frankreich; Teile eines theoretischen Aufsatzes zum Problem Krise und Arbeiterkampf von Arrighi; ein Aufsatz aus Hamburg über die Umstrukturierung der Arbeiterklasse, und vielleicht noch einiges andere.

Die Auflagenhöhe der factfolders ist begrenzt; sie werden nach Überweisung von DM 4,– pro Stück auf PSch-Konto Trikont Verlag GmbH, Nr. 226585-800 München, sofort verschickt.

Anmeldung: über Basis Buchhandlung 8 München Adalbertstr. 41 b, Telefon 280 592 2. Dort werden auch die Schlafstellen vermittelt. Schlafzeug ist auf jeden Fall mitzubringen. Da wir überhaupt nicht wissen, wieviel Interessenten aus Deutschland teilnehmen wollen, haben wir die Anmeldefrist auf bis zum 5. Juni 1974 beschränkt. Schreibt also an die Basis und gebt die Anzahl von Teilnehmern an.



Die Bourgeoisie reagiert nun auch verstärkt im politischen und ideologischen Kampf auf die Offensive der Arbeiter in den letzten Jahren, die sie mit Hilfe der SPD, des staatlichen Gewaltapparats und der Gewerkschaften einzudämmen versuchte. Sie mobilisiert in allen Teilen der Bevölkerung gegen die Linke und die SPD.

Warum auch gegen die SPD? Nach unseren Analysen vertritt sie doch voll die Interessen des Kapitals. Für die herrschende Klasse ist die SPD an der Regierung solange brauchbar, solange diese Partei mit traditionellem Arbeiteranhang und starker Verankerung in der Gewerkschaftsbürokratie die Kraft hat, breite Schichten der Bevölkerung, vor allem auch kritisches und kämpferisches Potential, an dieses System zu binden. *Das ist der SPD weder in bezug auf die Arbeiter-Kampfavantgarden, noch in bezug auf die Bewegung unter den Studenten und der sich im Anschluß daran entwickelnden revolutionären Bewegungen gelungen. Der Reformismus ist für seinen längerfristigen politischen Erfolg darauf angewiesen, daß die Wachstumsraten der Industrie und damit die Profite der Kapitalisten ständig steigen.*

Nur dann fallen genügend viele Brocken ab, mit denen man eine Arbeiterklasse gespalten halten und Teile davon einkaufen kann, mit denen man Reformen bezahlen kann, die Kritiker beruhigen sollen. In Zeiten zunehmender ökonomischer Krisenerscheinungen und Arbeiteroffensiven wird das Versagen des Reformismus offenbar und die Enttäuschung darüber macht sich breit. Der Bankrott der SPD als Reformpartei, ihre Hilflosigkeit gegenüber den Konzernen, gegenüber Inflation und Arbeitslosigkeit läßt sich nicht mehr verbergen. Ihr offenes Auftreten gegen artikulierte Arbeiterinteressen in den Streiks um die Teuerungszulagen und die Tarifrunden macht eigentlich auch dem gutwilligsten Linken klar, welche politische Funktion die SPD, wie jede andere „Volkspartei", hat; die Kanalisierung politischen Potentials gegen kapitalistische Unterdrückung, und diese Funktion erfüllt sie z. Zt. nicht ausreichend.

Durch ihr sozialreformerisches Programm unterstützte sie Erwartungen in weiten Teilen der Bevölkerung, die sie nun nicht einlösen kann. Innerhalb ihrer eigenen Reihen, bei den Jusos vor allem, konnten sich basisorientierte Strömungen entwickeln, deren Wirksamwerden sie nun zurückdrängen muß.

Die ideologische Gegenoffensive der Bourgeoisie und ihrer Agitatoren in der CDU/CSU ist breit angelegt: in den Massenmedien der Springer und Konsorten, im Bereich von Schule (Schülerunion), der Hochschule (RCDS und Bund Freiheit der Wissenschaften), in den Elternbeiräten (z.B. in Hessen die Kampagne gegen die Rahmenrichtlinien) und in Massenveranstaltungen („Konzentration Demokratischer Kräfte") wird Basisarbeit aktiviert, die Hetze gegen die Linken verstärkt, der Ruf nach Recht und Ordnung, nach dem starken Mann lauthals erhoben. Auf politischer Ebene wird jede Gelegenheit ausgenützt, die SPD als Partei, die den Linken und revolutionären Kräften angeblich Vorschub leistet, zu entmachten.

Im Rücktritt Brandts findet diese Offensive ihren bisherigen Höhepunkt. Wir meinen allerdings nicht, daß man diesen Rücktritt auf den unmittelbaren Einfluß der Reaktion zurückführen kann, wie es die Revisionisten gern sehen würden. Starke Strömungen innerhalb der SPD haben ein Interesse an diesem Rücktritt gehabt, weil Brandt, als Figur, die Integration von Rechten und Linken in der Partei verkörpert. Eine weitere Profilierung nach rechts ist der SPD als Regierungspartei nur mit harten Schlägen nach links möglich.

Viele von uns waren bisher der Meinung, daß die Enttäuschung über die SPD zu einem Linksruck bei den Massen führen müßte, der sich auch auf der Ebene der Wahlen ausdrückt. Wenn der Reformismus so offensichtlich scheitert, dann gibt es nur den Weg nach links. Wir haben es uns dabei zu einfach gemacht und vielleicht unseren eigenen politischen Lernprozeß verallgemeinert. Auf jeden Fall haben wir übersehen, daß die Klassenstruktur in der BRD vielschichtig und mehrfach gespalten ist, daß die Arbeiterklasse oder spezieller noch das Industrieproletariat keine einheitlichen Lernprozesse macht. Im Wahlverhalten der Massen drücken sich offensichtlich nicht die politischen Lernprozesse aus, die die Massenavantgarden der Klasse in ihren Kämpfen gemacht haben.

Welche Gruppen haben sich von der SPD abgewendet? Wir meinen, daß es nicht die Stammwähler der SPD waren, wie die bürgerliche Presse voll Hohn meinte, als sie vor allem auf die Verluste in den Arbeiter-Wahlbezirken hinwies. Und wie auch die Leute meinen, die dem Sozialistischen Büro nahestehen. Bei ihnen ist wohl der Gedanke, nur wenn die Arbeiter, die Stammwähler der SPD waren, sich von dieser Partei zu lösen beginnen, entsteht eine Chance für ihre Politik, eine radikalreformistische Alternative für die Enttäuschten in SPD und Gewerkschaften.

Nach den Ergebnissen der bürgerlichen Wahlforscher waren es vor allem die „Wechselwähler der Mitte", das sind Leute, kleine und mittlere Angestellte, die kein traditionelles Verhältnis zu einer Partei haben. Sie wählen die Partei, die ihnen die Fehler der anderen jeweils am ehesten zu vermeiden scheint. Wahrscheinlich — und damit haben sie ja auch recht, machen sie keine großen, prinzipiellen Unterschiede zwischen den Parteien, sondern reagieren auf die „Fähigkeit" der Parteiführungen, den Staatsapparat zu handhaben und vor allem ökonomische Stabilität zu erhalten. Dabei nehmen sie weder im Staat noch in den verschiedenen Parteien Vertreter von Klasseninteressen wahr. „Mannschaften", die schlecht funktionieren, werden ausgewechselt, so wie jetzt Brandt. Hinter ihren Wahlentscheidungen stehen politische Überlegungen, wie simpel auch immer, Überlegungen, die vom Primat der Politik über die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen. Diese Tendenz hat die SPD auch stets unterstützt und wird somit Opfer ihrer eigenen Propaganda. Wir glauben, daß dies die größte Gruppe derer ist, die sich von der SPD abgewendet hat, wollen aber nicht leugnen, daß es auch Arbeiter waren, die diesmal **wieder** CDU gewählt haben. Dieses Wahlverhalten gleicht dem während der Krise 1966/67, als die NPD ihren Aufschwung nahm. (Wir meinen nicht, daß die Leute identisch sind; die alten NPD-Wähler wählen schon lange wieder die CDU). Es handelt sich bei dieser Gruppe um einen Rechtsruck als Reaktion auf ökonomische Unsicherheit und Angst, aus der man mit Hilfe eines starken Mannes sich befreien will. Solche Arbeiterwähler gab es schon immer, es gibt wenig Grund anzunehmen, daß es mehr geworden sind. Wenn man überlegt, durch welche politischen Entscheidungen die SPD zur „Volkspartei" geworden ist, und in welchen Gruppen sie in den letzten Jahrzehnten ihre Wahlchancen ausbaute, so wird wahrscheinlich, daß es nicht gerade die militanten Arbeiter waren, die, wenn sie überhaupt gewählt haben, diesmal mit CDU-Wahl reagierten. Die Wahlforscher haben herausbekommen, daß in den Arbeitervierteln Hamburgs und Kiels, die SPD-Hochburgen waren, neben den SPD-Verlusten auch die Stimmenthaltungen relativ hoch waren, das könnte ein weiterer Hinweis darauf sein.

Wichtiger, als Überlegungen darüber anzustellen, welche Gruppierungen es waren, die diesmal wieder CDU gewählt haben und in den nächsten Landtagswahlen noch wählen werden, scheint uns zu untersuchen, welche Auswirkungen die Wahlniederlage auf die Politik der SPD haben werden, vor allem auf die Linken in der SPD, die Jusos. Alle Reaktionen der Parteiführung sprechen dafür, daß sie versuchen wird, die Wechselwähler wieder an sich zu binden. Dazu muß sie sich nach rechts profilieren, sich nach links abgrenzen. Schmidt als Bundeskanzler ist wohl der deutlichste Ausdruck dafür. Links ist für die SPD nichts zu holen, das zeigen die Wahlergebnisse der DKP, die sich den Arbeitern als parlamentarische Alternative ja anbietet mit einem nahtlosen sozialreformerischen Programm. Nur Erfolge der DKP könnten die SPD-Führung veranlassen, sich um ihre Linke zu kümmern.

Die Jusos werden also weiter diszipliniert werden und sie werden vor die Frage gestellt, sich auch disziplinieren zu lassen, wie es von den Karriere-Jusos a la Voigt und Wizcorek-Zeul nicht anders zu erwarten ist, oder sich in eine harte Auseinandersetzung mit der Partei zu begeben, wie es von jenen Jusos zu erwarten ist (oder zu erhoffen?), die Ausdruck einer realen radikalreformistischen Bewegung der Basis ist.

Ein weiterer Rechtsruck der SPD wird die Spannung zu den Arbeiterinteressen erhöhen, das wird zu erheblichen Widersprüchen in den Gewerkschaften führen, die GO-Gruppen werden ihre Basis vergrößern können. Bei einer Verschärfung der ökonomischen Situation werden die Arbeiteravantgarden die SPD und den Gewerkschaftsreformismus weiterhin **praktisch** durch ihre Kämpfe kritisieren. Weniger und zumindest viel langsamer wird der Lernprozeß der bewußten politischen Kritik ablaufen. Auf der Ebene der Wahl, das heißt des Parlamentarismus, haben die Arbeiter massenhaft heute keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien. In Deutschland gibt es anders als in Frankreich und Italien keine parlamentarische Alternative zu ihnen. Seit der Zerschlagung der KPD durch Faschismus und den Nachkriegsantikommunismus, seit der Revisionismus im stalinistischen Gewand in der DDR niedergelassen hat, haben es die parlamentarischen Alternativen zur Sozialdemokratie verspielt, die Nachkriegsprosperität tat ein Übriges.

Das Fehlen der revisionistischen Alternativen kann den Lernprozeß der Arbeiter, die sich praktisch für ihre Interessen durchsetzen lernen, zu einem sprunghaften machen. Nicht nur die Illusionen über die SPD, sondern überhaupt über parlamentarische und damit bürgerliche Interessenvertreter, welcher Schattierung auch immer, kann dadurch zerstört werden.

RK

Lebens-Qualität

Höhere Telefon Gebühren

Höheres Briefporto

Höhere Bahnpreise

Weniger Postdienste

Schoenfeld

..und de.. gibt's gratis dazu!

··Und in Frankreich fällt heute die Entscheidung. Mitterrand oder Giscard. Das ist für uns Deutsche fast wichtiger als für die Franzosen. . . .

Mitterrand hieße für uns: Kommunisten regieren auch in unserem Rücken und nicht nur wie jetzt vor unserem Bauch. . . .

Werden die Franzosen aus falscher Angst vor dem reichen Mann Giscard heute falsch wählen? Mit Giscard kann die Achse Bonn—Paris, Europas Fahrgestell, erneuert werden. . . .

Mit Mitterrand gibt es andere Achsen, andere Räder. Fahrräder. Kleine-Leute-Politik. Sozialistischer Fummelkram. . . .

Dann gehen die Franzosen durch die Pleiten und Enttäuschungen, die wir zum großen Teil schon hinter uns haben.

Heute in Frankreich, und nicht durch das Bäumchen-wechsel-dich-Spiel in Bonn, entscheidet sich, ob wir ein erfolgreiches Europa werden oder ein Haufen sozialistischer Kleinstaaten.

Schade, daß wir heute bei unseren Nachbarn nicht mitwählen können.

PS **Seit Mai 1945 gab es für Deutschland noch keinen so wichtigen Mai**

19.5. Bams



Freunde Schmidt, Giscard d'Estaing
Europas Pat und Patachon

Schmidt will die Gewerkschaften an sich binden

FAZ

SPIEGEL-Interview mit dem stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Hans Otto Bäumer

SPIEGEL: Herr Bäumer, Sie haben mit einer bislang in der SPD ungewohnten Schärfe die Jungsozialisten angenommen. Kalkulieren Sie auch den Bruch mit den Jusos ein?

BÄUMER: Natürlich. Es wäre merkwürdig, wenn man in einer Phase, in der es um die Existenz unserer Partei gehen könnte, eine solche Konsequenz nicht in seine Überlegungen einschließen würde. Die Selbstentäußerung der Partei ist vorbei.

BÄUMER: Wir werden uns erstens gegenüber den Jusos in Zukunft scharf abgrenzen, zweitens uns eindeutig von ihnen distanzieren und uns drittens von Jusos der inkriminierten Art freihalten.

Willy Brandt sitzt am Strand mit der Kacke in der Hand